



**SCHLAGLICHTER
DER WIRTSCHAFTSPOLITIK
MÄRZ 2022**
MONATSBERICHT

22

**INVESTIEREN
FÜR EUROPA**

*DAS PLANT DIE EUROPÄISCHE
INVESTITIONSBANK*

28

**FRAUEN IN DER
WIRTSCHAFT**

*NICHT NUR EINE FRAGE
DER GERECHTIGKEIT*

36

**GEMEINSAM NACH
VORN SCHÄUEN**

*FREIHANDELSABKOMMEN
MIT DEM VEREINIGTEN
KÖNIGREICH*

IM FOKUS

**DIALOGE FÜR
INNOVATION UND HANDEL**

*GEMEINSAME REGELN UND STANDARDS BEI DER
PRODUKTSICHERHEIT FÖRDERN DEN INTERNATIONALEN HANDEL*



EDITORIAL



**„WIR BRAUCHEN MASSIVE INVESTITIONEN,
UM DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT IM NÄCHSTEN
JAHRZEHT AUF DIE TRANSFORMATION
AUSZURICHTEN.“**

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER,**

Wirtschaftlicher Fortschritt muss mit effektivem Klimaschutz einhergehen, um Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit im Sinne einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft zu sichern. Die Bundesregierung hat hierzu ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen ausgerufen. Neben öffentlichen Investitionen werden vor allem auch private Investitionen erforderlich sein. Unternehmerischer Mut muss in diesem besonders risikobehafteten Umfeld durch günstige Rahmenbedingungen und zusätzliche Anreize flankiert und mobilisiert werden. Eine wichtige Rolle kommt dabei den öffentlichen Förderbanken zu – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. In der aktuellen Schlaglichter-Ausgabe stellen wir den neuen Geschäftsplan der Europäischen Investitionsbank vor, der für die kommenden Jahre einen besonderen Schwerpunkt auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit legt.

Derzeit sind die hohen Energiekosten eine Belastung für Unternehmen sowie Verbraucherinnen und Verbraucher. Aufgabe der Bundesregierung in diesem Jahr wird es sein, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen dabei so gut es geht zu entlasten. Neben weiteren Maßnahmen wird daher die Abschaffung der EEG-Umlage so schnell wie möglich umgesetzt. Die aktuellen Preissteigerungen sind vor allem durch den weltweiten Hunger nach fossiler Energie getrieben. Die hohe Abhängigkeit Deutschlands vom Import fossiler Energierohstoffe verstärkt diese Auswirkungen. Deshalb ist die Umstellung auf erneuerbare Energien nicht nur klimapolitisch richtig, sondern stärkt auch die Resilienz und dämpft den Preisdruck. Es werden die Erneuerbaren sein, die künftig die Versorgungssicherheit herstellen und uns verlässlich und günstig mit Strom versorgen. Wie günstig die Erneuerbaren sind, sieht man schon jetzt: Der Zuschlagswert in den Ausschreibungen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen liegt zwischen fünf und sechs Cent pro Kilowattstunde. Oder an den Strom-Großhandelspreisen: Wenn viel Wind weht, sinken da die Preise.

Die Transformation der Wirtschaft bedeutet nicht nur Veränderungen bei der Nutzung von Energie, sondern auch bei vielen weiteren Verbrauchs- und Produktionsprozessen. Dazu können auch sichere und innovative Produkte entscheidend beitragen. In Deutschland wirkt das sogenannte System der Qualitätsinfrastruktur daran mit, die Sicherheit und Qualität von Produkten für Mensch und Umwelt zu erhöhen und Innovationen auf ihrem Weg in den Markt zu begleiten. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz fördert in diesem Rahmen die internationale Harmonisierung. Gemeinsame Ansätze erleichtern den weltweiten Handel und fördern den Wettbewerb um die beste Qualität. Der Fokusartikel stellt das Globalprojekt Qualitätsinfrastruktur im Detail vor.

Liebe Leserinnen und Leser, vielleicht finden Sie in diesem Heft interessante Anregungen und Ideen.



ROBERT HABECK
Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

WW

WIRTSCHAFTSPOLITIK
10—43

EDITORIAL 02

KONJUNKTUR-
SCHLAGLICHT 06

WÖRTLICHE REDE 08
Bundesminister Habeck
zum Ausbau von Wind-
kraft an Land

BEST OF
SOCIAL MEDIA 19

AUF EINEN BLICK 20
Mind the Gap



TELEGRAMM 21

12 IM FOKUS

DIALOGE FÜR
INNOVATION UND HANDEL
Gemeinsame Regeln und Standards
für Produktsicherheit



22



INVESTIEREN FÜR EUROPA

Das plant die Europäische Investitionsbank bis 2024

WORTMELDUNG

24

Debora Revoltella,
Leiterin der volkswirtschaftlichen
Abteilung der Europäischen Investitionsbank



FRAUEN IN DER WIRTSCHAFT

Gleichstellung: Nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit



28

KURZ & KNAPP

35

„go-digital“ geht in die zweite Runde

GEMEINSAM NACH VORN SCHAUEN

36

Ein Jahr Freihandelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich

3 FRAGEN AN

39

Dr. Ulrich Hoppe,
Hauptgeschäftsführer
der Deutsch-Britischen
Industrie- und
Handelskammer



TERMINE

43

K

KONJUNKTUR

44—59

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEUTSCHLAND IM FEBRUAR 2022

46

BIP-NOWCAST FÜR DAS 1. QUARTAL 2022

52

DIE LAGE DER WELTWIRTSCHAFT ZU JAHRESBEGINN 2022

54

GRAFIKEN & TABELLEN

Den Zahlenteil mit Übersichten und Grafiken finden Sie in der Beilage

#KONJUNKTURSCHLAGLICHT

DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT ZEIGT SICH TROTZ DER OMIKRON-WELLE ROBUST



GESAMTWIRTSCHAFT

BRUTTOINLANDSPRODUKT

Veränderungen gegen Vorjahr in %



DIE WIRTSCHAFTSLEISTUNG IST IM ZURÜCKLIEGENDEN JAHR WIEDER UM 2,8 % GESTIEGEN. Für dieses Jahr erwartet die Bundesregierung ein Wachstum von 3,6%.

SCHLAGLICHTER MÄRZ 2022



WELTWIRTSCHAFT

WELTINDUSTRIEPRODUKTION (CPB)

Monate, Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt



WARENHANDEL UND INDUSTRIEPRODUKTION GEWINNEN WELTWEIT AN SCHWUNG.

Die allmähliche Auflösung der Lieferengpässe bei wichtigen Vorleistungsgütern und Rohstoffen trägt mit dazu bei. Die Dienstleistungsbereiche wurden aber noch durch Eindämmungsmaßnahmen belastet.

LEGENDE

- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020

AUSSENWIRTSCHAFT

AUFTRAGSEINGÄNGE AUS DEM AUSLAND UND ifo EXPORTERWARTUNGEN

Auftragsingang Ausland, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt
ifo Exporterwartungen, 3 Monate, Salden, saisonbereinigt



WÄHREND DIE EINFUHREN WEITER BOOMTEN, LEGTEN DIE AUSFUHREN NUR LEICHT ZU. Der Ausblick für den deutschen Außenhandel bleibt trotz Beeinträchtigungen durch das Pandemiegeschehen grundsätzlich positiv. Dafür spricht unter anderem der hohe Bestand an Aufträgen.

PRIVATER KONSUM

EINZELHANDEL OHNE KFZ

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



IM EINZELHANDEL IST DER UMSATZ IM DEZEMBER DEUTLICH ZURÜCKGEGANGEN. Maßgeblich dürften die 2G-Regeln für viele Geschäfte gewesen sein. Die Erwartungen für die kommenden sechs Monate haben sich zuletzt aber stabilisiert. Bei den Konsumenten besteht Hoffnung auf Lockerung der Beschränkungen.

PRODUKTION

IN DER INDUSTRIE GIBT ES ANZEICHEN FÜR EINE ERHOLUNG. So ist die Produktion dreimal hintereinander gestiegen und eine leichte Entspannung bei den Lieferengpässen zu beobachten. Die Industrie scheint ihre Talsohle zu durchschreiten.

INDUSTRIEPRODUKTION

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



ARBEITSMARKT

DER ARBEITSMARKT IST TROTZ OMIKRON-WELLE POSITIV INS JAHR 2022 GESTARTET. Die Erwerbstätigkeit legte erneut zu und die Arbeitslosigkeit sank kräftig. Die positive Entwicklung dürfte anhalten und die Firmen dürften trotz der bestehenden Unsicherheiten ihre Beschäftigten halten.

ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1000), Veränderung zum Vormonat



WÖRTLICHE REDE



„WIR BRAUCHEN AUCH EINEN ÖKOLOGISCHEN PATRIOTISMUS ZUM AUSBAU VON SCHWIERIGEN TECHNIKEN WIE DER WINDKRAFT.“

ROBERT HABECK,
*Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, am 20. Januar 2022 bei der Abschluss-
pressekonferenz seiner Bayern-Reise mit
Ministerpräsident Markus Söder*







WIRTSCHAFTSPOLITIK

IM FOKUS: DIALOGE FÜR INNOVATION UND HANDEL	12
BEST OF SOCIAL MEDIA	19
AUF EINEN BLICK: MIND THE GAP	20
TELEGRAMM	21
INVESTIEREN FÜR EUROPA	22
WORTMELDUNG	24
FRAUEN IN DER WIRTSCHAFT:	
GENDERPOLTIK IST WIRTSCHAFTSPOLITIK	28
KURZ & KNAPP	35
GEMEINSAM NACH VORN SCHAUEN	36
3 FRAGEN AN ...	39
TERMINE	43

DIALOGE FÜR INNOVATION UND HANDEL

*GEMEINSAME REGELN UND STANDARDS
BEI DER PRODUKTSICHERHEIT FÖRDERN DEN
INTERNATIONALEN HANDEL*



Die Bezeichnung „Made in Germany“ steht weltweit für eine hohe Qualität und Produktsicherheit. Um die Sicherheit von Produkten für Mensch und Umwelt zu erhöhen, gibt es das sogenannte System der Qualitätsinfrastruktur (QI). Es hilft dabei, das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in die Erzeugnisse der deutschen Wirtschaft zu stärken. Damit werden nicht zuletzt Innovationen auf ihrem Weg in den Markt unterstützt.

DAS QI-SYSTEM HAT VIELE AKTEURE

Im QI-System erarbeiten private und staatliche Akteure gemeinsam Normen und Prozesse für die Sicherheit von Produkten. Der Staat setzt dabei den rechtlichen Rahmen und überprüft die Einhaltung der Regeln. Die Ausgestaltung der Details und die Umsetzung liegen in den Händen der jeweiligen Fachexpertinnen und -experten aus privatwirtschaftlichen und staatlichen Institutionen. Das Zusammenspiel aus öffentlichen und privaten Akteuren schafft Verlässlichkeit und bietet ausreichend Flexibilität für Innovationen und die Komplexität wirtschaftlicher Prozesse. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) verantwortet dabei fachübergreifend die deutsche QI-Politik. Für die QI in einzelnen Sektoren sind jeweils auch Fachministerien zuständig.

IM QI-SYSTEM ARBEITEN PRIVATE UND STAATLICHE AKTEURE ZUSAMMEN AN NORMEN FÜR DIE SICHERHEIT VON PRODUKTEN.

QI-Akteure in Deutschland sind das Deutsche Institut für Normung (DIN), die Deutsche Kommission Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik in DIN und VDE (DKE), die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkkS) und die Marktüberwachungsbehörden aus Bund und Ländern. Dazu kommen aus dem Geschäftsbereich des BMWK die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM), die Bundesnetzagentur (BNetzA) und die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB). In den Normungsgremien von DIN und DKE sowie bei Dialogen auf europäischer und internationaler Ebene engagiert sich eine Vielzahl von Expertinnen und Experten aus Unternehmen und Verbänden und anderen interessierten Kreisen.

GEMEINSAME REGELN FÜR DEN INTERNATIONALEN HANDEL

Mit ihrer Exportstärke hat die deutsche Wirtschaft ein großes Interesse an gemeinsamen Regeln und Standards im internationalen Handel, die auf den Vereinbarungen der Welthandelsorganisation (WTO) basieren. Gemeinsame Ansätze erleichtern den Handel und fördern den Wettbewerb um die beste Qualität. Demgegenüber können abweichende Anforderungen – zum Beispiel bei der Ladeinfrastruktur für Elektroautos – technische Handelshemmnisse darstellen. Im Dialog mit Handelspartnern setzt sich die Bundesregierung daher auch international für die Harmonisierung von Qualitätsinfrastrukturen ein.

Das BMWK führt Regierungsdialoge mit wichtigen Handelspartnern unter Beteiligung der Wirtschaft und Fachinstitutionen und bringt so die internationale Harmonisierung von QI voran. Eine der Initiativen ist das Globalprojekt Qualitätsinfrastruktur (GPQI). —>

IN KÜRZE

Wettbewerb um die beste Qualität: Damit der internationale Handel läuft, setzt sich das exportstarke Deutschland für gemeinsame Regeln ein.

DIE ELEMENTE DES QI-SYSTEMS

**Normung**

Eine Norm hält Anforderungen für Produkte, Dienstleistungen, Technologien und Prozesse fest. So können diese kompatibel, qualitativ hochwertig und sicher produziert werden. Normen werden in einem transparenten, konsensbasierten Prozess in den anerkannten Normungsorganisationen entwickelt. Alle Akteure können ihr Fachwissen einbringen. Die Verwendung von Normen ist grundsätzlich freiwillig. Regulierungsbehörden können die Einhaltung als verpflichtend erklären. Dann wird die Norm zu einer technischen Vorschrift. Daneben gibt es Standards als technische Regeln, die meist wesentlich schneller entweder unter dem Dach eines Regelsetzers oder als Zusammenschluss von Unternehmen erarbeitet werden und sich im Markt etablieren.

Das Deutsche Institut für Normung (DIN) und die Deutsche Kommission Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik in DIN und VDE (DKE) sind die anerkannten nationalen Normungsorganisationen in Deutschland. Der Normungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem DIN von 1975 regelt die Zusammenarbeit von Staat und Normung. Es besteht jedoch keine staatliche Fach- und Rechtsaufsicht. DIN und DKE sind privatwirtschaftlich organisiert.

**Konformitätsbewertung und Akkreditierung**

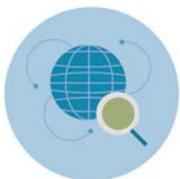
Die Konformitätsbewertung überprüft, ob Produkte und Dienstleistungen mit festgelegten Anforderungen übereinstimmen. Diese Anforderungen werden etwa durch Gesetze, Normen oder andere Vorschriften im Rahmen der technischen Regulierung definiert. Sie umfasst Tätigkeiten wie Inspektion, Zertifizierung, Kalibrierung und Prüfung. Konformitätsbewertungsstellen sind meist staatlich, können aber auch privat sein. Auch Stellen wie die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) übernehmen Konformitätsbewertungen im Bereich des gesetzlichen Messwesens. Für die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) trifft dies in gleicher Weise im Bereich der technischen Sicherheit zu.

TÜV und DEKRA sind bekannte private Konformitätsbewertungsstellen in Deutschland. Akkreditierungsstellen überprüfen diejenigen, die prüfen. Mit einem Netz von internationalen Vereinbarungen sorgt die Akkreditierung dafür, dass Konformitätsbewertungen weltweit vergleichbar sind. Akkreditierungen werden in der EU gemäß den jeweiligen Anforderungen und nach eingehender Prüfung von der national zuständigen Akkreditierungsstelle ausgestellt. Sie sind im gesamten Binnenmarkt gültig. Die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS) ist die alleinige Akkreditierungsstelle in Deutschland.

**Metrologie**

Messwerte stehen im Mittelpunkt der Konformitätsbewertung. Die Metrologie gewährleistet die Genauigkeit von Messergebnissen durch deren Vergleich mit nationalen Normen und durch die Kalibrierung von Messgeräten und -verfahren. Das internationale Einheitensystem (System of Units, SI) stellt sicher, dass Messergebnisse zuverlässig sind.

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) ist das nationale Metrologieinstitut und die höchste Instanz für genaue und präzise Messungen in Deutschland.

**Marktüberwachung und Produktsicherheit**

Die Marktüberwachungsbehörden überprüfen stichprobenartig Produkte auf festgelegte Anforderungen (aus europäischem oder deutschem Recht) und ergreifen geeignete Maßnahmen gegen das Vorgehen der jeweiligen Wirtschaftsakteure (insbesondere Hersteller, deren Bevollmächtigte, Importeure, Händler und Fulfillment-Dienstleister). Bei gefährlichen Produkten können Marktüberwachungsbehörden auch die Rücknahme oder den Rückruf sowie die hoheitliche Warnung vor dem Produkt anordnen oder Sanktionen verhängen. Die Marktüberwachung trägt so zu sicheren Produkten und gleichen Wettbewerbsbedingungen für Wirtschaftsakteure bei.

Der EU-Marktüberwachungsrahmen wird von den Mitgliedsstaaten umgesetzt. In Deutschland sind dafür die Marktüberwachungsbehörden der Länder zuständig. In einigen wenigen Bereichen übernehmen Bundesbehörden die Marktüberwachung, etwa die Bundesnetzagentur (BNetzA) für Funkanlagen. Das Deutsche Marktüberwachungsforum (DMÜF) des BMWK berät die Bundesregierung bei der Marktüberwachung und koordiniert sektorübergreifende Themen.



DAS GLOBALPROJEKT QUALITÄTSINFRASTRUKTUR DES BMWK ALS DIALOG- UND KOOPERATIONSPLATTFORM

Ziele des GPQI sind der Abbau technischer Handelshemmnisse, die Förderung der internationalen technischen Harmonisierung und die Verbesserung von Produktsicherheit und Verbraucherschutz. Das BMWK-Projekt dient als Dialog- und Kooperationsplattform, verbessert das gegenseitige Verständnis technischer Regularien, löst konkrete regulatorische Herausforderungen und generiert Rechtssicherheit für die deutsche Wirtschaft. In bilateralen Regierungsdialogen vereinbart das BMWK jährlich Arbeitspläne und setzt sie im GPQI um.

Dabei geht es um Fragen wie: Welche Normen müssen bei der Konstruktion von Produkten beachtet werden? Wie überprüfen Zollbehörden im Exportmarkt die Konformität mit den Regeln? Können sich Unternehmen auf die Durchsetzung der Regeln verlassen?

Das BMWK bringt über das GPQI die beteiligten Ministerien in den Partnerländern und Expertinnen und Experten des öffentlichen und privaten

GEMEINSAMES VERSTÄNDNIS VON QUALITÄT UND SICHERHEIT INTERNATIONAL FÖRDERN.

Sektors zusammen. Die Regierungsdialoge profitieren vom Fachwissen der Akteure. Grenzüberschreitend wird so ein gemeinsames Verständnis von Qualität und Sicherheit gefördert

Die Regierungsdialoge mit den Handelspartnern China, Indien, Brasilien, Mexiko und Indonesien im GPQI setzt die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH vor Ort um. Daneben führt das BMWK auch mit den USA, Kanada und der Eurasischen Wirtschaftsunion Dialoge zur Normung und Qualitätsinfrastruktur; sie werden in Zusammenarbeit mit den Delegierten der Deutschen Wirtschaft und Auslandshandelskammern vor Ort organisiert. Darüber hinaus beteiligt sich das BMWK an EU-Twinning-Projekten und ähnlichen Kooperationen im Bereich der Qualitätsinfrastruktur. —>

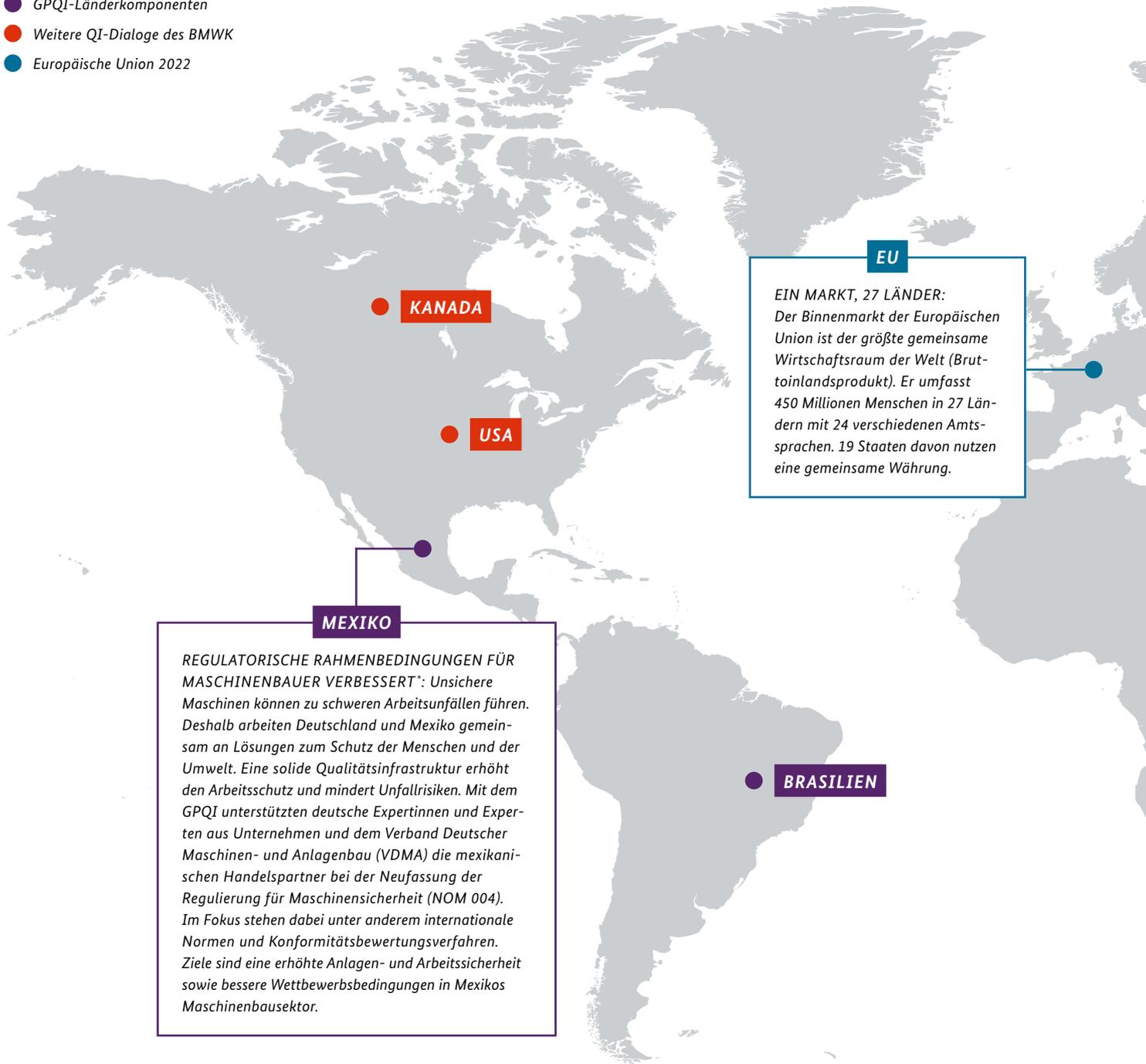
IN KÜRZE

Ziele des GPQI sind der Abbau technischer Handelshemmnisse, technische Harmonisierung und die Verbesserung von Produktsicherheit und Verbraucherschutz.

QUALITÄTSINFRASTRUKTUR-DIALOGUE DES BMWK

Das BMWK führt Regierungsdialoge mit wichtigen Handelspartnern und bringt so die internationale Harmonisierung von QI voran. Eine der Initiativen ist das Globalprojekt Qualitätsinfrastruktur des BMWK.

- GPQI-Länderkomponenten
- Weitere QI-Dialoge des BMWK
- Europäische Union 2022



EU

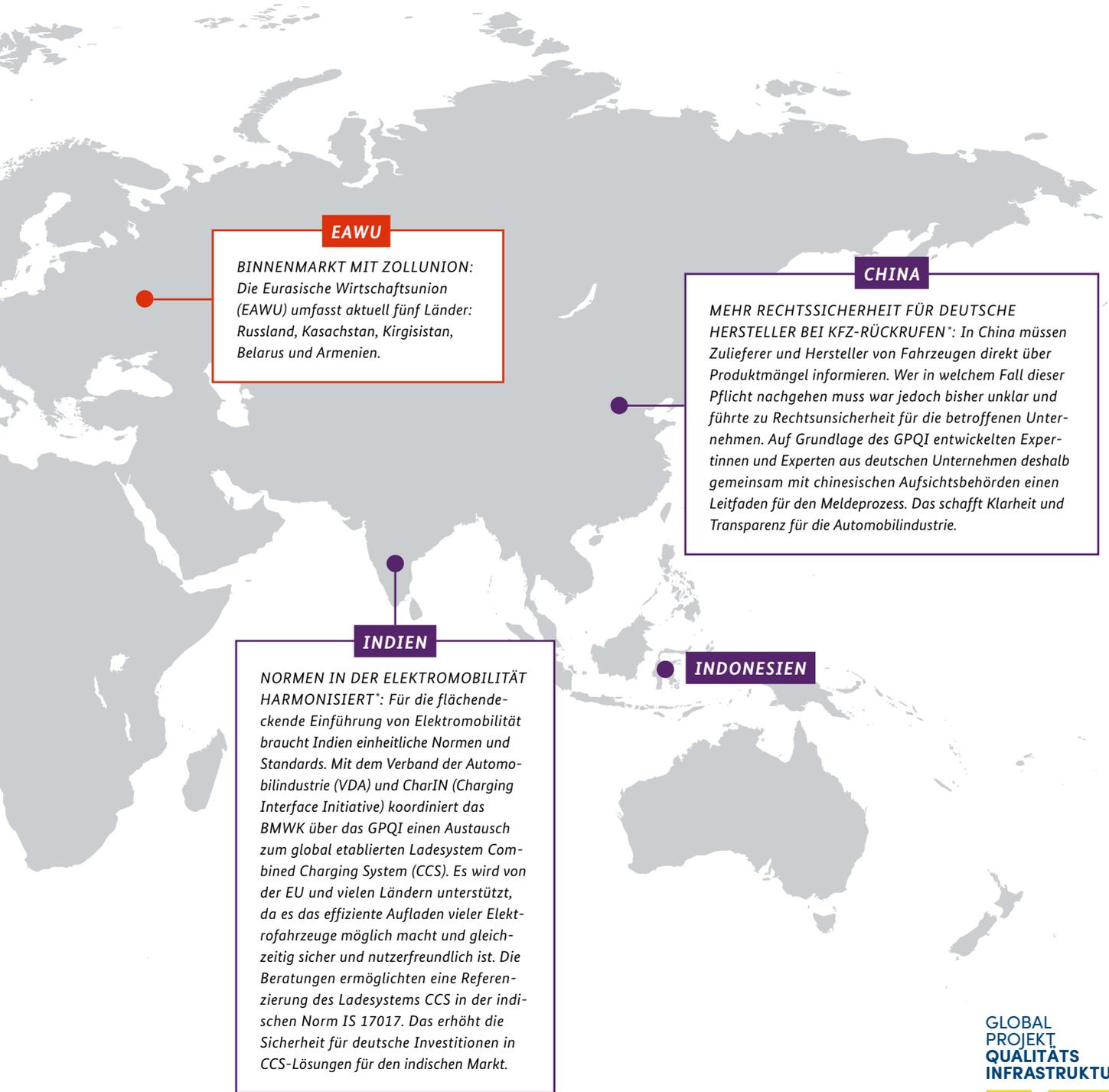
EIN MARKT, 27 LÄNDER:
 Der Binnenmarkt der Europäischen Union ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt (Bruttoinlandsprodukt). Er umfasst 450 Millionen Menschen in 27 Ländern mit 24 verschiedenen Amtssprachen. 19 Staaten davon nutzen eine gemeinsame Währung.

MEXIKO

REGULATORISCHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR MASCHINENBAUER VERBESSERT: Unsichere Maschinen können zu schweren Arbeitsunfällen führen. Deshalb arbeiten Deutschland und Mexiko gemeinsam an Lösungen zum Schutz der Menschen und der Umwelt. Eine solide Qualitätsinfrastruktur erhöht den Arbeitsschutz und mindert Unfallrisiken. Mit dem GPQI unterstützten deutsche Expertinnen und Experten aus Unternehmen und dem Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) die mexikanischen Handelspartner bei der Neufassung der Regulierung für Maschinensicherheit (NOM 004). Im Fokus stehen dabei unter anderem internationale Normen und Konformitätsbewertungsverfahren. Ziele sind eine erhöhte Anlagen- und Arbeitssicherheit sowie bessere Wettbewerbsbedingungen in Mexikos Maschinenbausektor.

BRASILIEN

* Beispiel aus der Zusammenarbeit im GPQI
 Quelle: BMWK



EAWU

BINNENMARKT MIT ZOLLUNION:
 Die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) umfasst aktuell fünf Länder: Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Belarus und Armenien.

CHINA

MEHR RECHTSSICHERHEIT FÜR DEUTSCHE HERSTELLER BEI KFZ-RÜCKRUFEN*: In China müssen Zulieferer und Hersteller von Fahrzeugen direkt über Produktmängel informieren. Wer in welchem Fall dieser Pflicht nachgehen muss war jedoch bisher unklar und führte zu Rechtsunsicherheit für die betroffenen Unternehmen. Auf Grundlage des GPQI entwickelten Expertinnen und Experten aus deutschen Unternehmen deshalb gemeinsam mit chinesischen Aufsichtsbehörden einen Leitfaden für den Meldeprozess. Das schafft Klarheit und Transparenz für die Automobilindustrie.

INDIEN

NORMEN IN DER ELEKTROMOBILITÄT HARMONISIERT*: Für die flächendeckende Einführung von Elektromobilität braucht Indien einheitliche Normen und Standards. Mit dem Verband der Automobilindustrie (VDA) und CharIN (Charging Interface Initiative) koordiniert das BMWK über das GPQI einen Austausch zum global etablierten Ladesystem Combined Charging System (CCS). Es wird von der EU und vielen Ländern unterstützt, da es das effiziente Aufladen vieler Elektrofahrzeuge möglich macht und gleichzeitig sicher und nutzerfreundlich ist. Die Beratungen ermöglichten eine Referenzierung des Ladesystems CCS in der indischen Norm IS 17017. Das erhöht die Sicherheit für deutsche Investitionen in CCS-Lösungen für den indischen Markt.

INDONESIEN

Im Rahmen des GPQI haben deutsche QI-Institutionen – BAM, BNetzA, DAKKS, DIN, DKE, PTB und Zentralstelle der Länder für Sicherheit (ZLS) – die Struktur und Prozesse des deutschen und europäischen QI-Systems in der BMWK-Publikation „Gemeinsam für Qualität und Sicherheit“ zusammen-

DIE QI -PUBLIKATION

„Gemeinsam für Qualität und Sicherheit“
des BMWK informiert zum deutschen und europäischen System der Qualitätsinfrastruktur.

DAS QI-SYSTEM IST WICHTIG FÜR DEN DIGITALEN UND ÖKOLOGISCHEN WANDEL DER WIRTSCHAFT.

IN KÜRZE

Das QI-System kann Innovationen in Regeln und Prozesse übersetzen und damit in den Markt begleiten.

gefasst. Die Publikation erläutert das System der Normung und Produktregulierung in Deutschland und der EU. Sie beschreibt die Voraussetzungen für den Marktzugang mit seinen Elementen aus grundlegenden Sicherheitsanforderungen, ihrer Konkretisierung durch Normen und der Konformitätsvermutung. Die Bestandteile des QI-Systems werden detailliert vorgestellt. Zwei Fallstudien mit Beispielprodukten – ein Toaster und ein Elektromotor – durchlaufen die einzelnen QI-Schritte praxisnah.

„Gemeinsam für Qualität und Sicherheit“ richtet sich damit an Interessierte, die bereits Berührungspunkte mit der QI-Welt hatten, aber auch an Leserinnen und Leser ohne Vorkenntnisse. Durch die Übersetzung in verschiedene Sprachen können Unternehmen aus Drittmärkten und internationale Handelspartner mehr über die Funktionsweise der QI in Deutschland und Europa erfahren. Die Publikation kann auf der Website des BMWK heruntergeladen werden.

QI-SYSTEM UNTERSTÜTZT INNOVATIONEN

Das QI-System spielt eine wichtige Rolle bei der digitalen und ökologischen Transformation der Wirtschaft. So kann es beispielsweise Lösungsan-

sätze zur Operationalisierung von CO₂-Fußabdrücken von Produkten beitragen. QI ist somit eine wichtige Säule der Innovationspolitik.

Durch die breite Einbindung von Akteuren und Wissen ist das QI-System in der Lage, neue Entwicklungen und Innovationen in Regeln und Prozesse zu übersetzen und damit in den Markt zu begleiten. Dabei bilden Normen stets den aktuellen Stand der Technik ab und ermöglichen Innovationen. Eine aktive Rolle deutscher und europäischer Akteure in der konsensbasierten und wirtschaftsgetriebenen Normung gerade neuer Technologien wie Künstliche Intelligenz oder Quantencomputing unterstützt darüber hinaus die deutsche und europäische digitale Souveränität. Die Europäische Kommission hat Anfang Februar ihre Normungsstrategie vorgelegt, um europäische Normen und Werte bei der Setzung internationaler Industrie- und Digitalstandards zu stärken.

QUALITÄTSINFRASTRUKTUR: EIN WESENTLICHER BAUSTEIN DES EUROPÄISCHEN BINNENMARKTES

Das in der EU harmonisierte QI-System ist fest mit der Erfolgsgeschichte des europäischen Binnenmarktes verbunden. Die Bürgerinnen und Bürger können sich in der EU auf gleich hohe Produktstandards verlassen. Wirtschaftsakteure müssen nur einmal die Konformität ihrer Produkte mit den gesetzlichen EU-Produktanforderungen erklären, nicht in jedem einzelnen Mitgliedsstaat. Dazu sind die sogenannten harmonisierten Normen hilfreich,



Das CE-Zeichen muss auf allen weltweit hergestellten Produkten zu finden sein, die in der EU vermarktet werden.



DIE MENSCHEN IN DER EU KÖNNEN SICH AUF GLEICH HOHE PRODUKTSTANDARDS VERLASSEN.

die nach Zustimmung durch den EU-Normungsausschuss von der EU-Kommission bei den europäischen Normungsorganisationen in Auftrag gegeben und erarbeitet werden.

Bei einer Anwendung harmonisierter Normen durch den Hersteller gilt die Konformitätsvermutung, es wird also angenommen, dass das Produkt den rechtlichen Vorschriften entspricht. Erfolgt durch den Hersteller – je nach Produkt mit Einbeziehung einer Drittstelle – eine solche Konformitätserklärung, jeweils sichtbar anhand des bekannten CE-Zeichens, entfällt in der Regel eine staatliche Zertifizierung. Das beschleunigt den Prozess, schafft Sicherheit und erhöht den Wettbewerb. —

MEHR ZUM THEMA

GPQI-Website: ► www.gpqi.org
 GPQI-Kurzvorstellung als Video: ► t1p.de/gpqi-film
 Die BMWK-Publikation „Gemeinsam für Qualität und Sicherheit“ ist abrufbar unter:
 ► www.bmwk.de/qualitaet-und-sicherheit.html

CHRISTOPH MÖNNIGMANN
 Referat: IKT Technische Regulierung und Standardisierung, Produktsicherheit, Marktüberwachung

schlaglichter@bmwi.bund.de

BEST OF SOCIAL MEDIA

AUF LINKEDIN



#ERFOLGSGESCHICHTEN

Wie die Transformation der Wirtschaft für mehr Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze sorgen kann, erfuhr Bundesminister Habeck während seiner Bundesländerreise in Bayern.

AUF YOUTUBE



#BUNDESLÄNDERREISE

Mit Hamburgs Erstem Bürgermeister sprach Robert Habeck über die Hamburger Fernwärmeversorgung, den Erneuerbaren-Ausbau und die Bedeutung von Wasserstoff.

AUF INSTAGRAM



#KLIMASCHUTZBILANZ

Die Eröffnungsbilanz zum Klimaschutz zeigt: Es gibt viel zu tun in kurzer Zeit. So ging es auch Minister Habeck und Staatssekretär Graichen bei den Vorbereitungen für die Bilanz.



AUF EINEN BLICK

MIND THE GAP

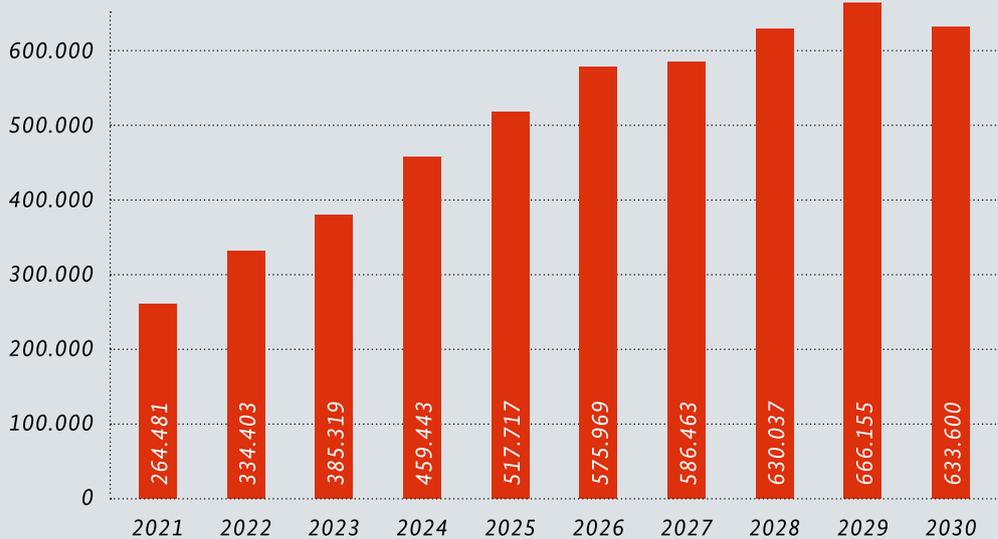
Der Klimawandel und die demografische Entwicklung sind zwei der größten Herausforderungen unserer Zeit - sowohl für die Wirtschaft als auch für die Sozialsysteme. In den nächsten zehn Jahren werden in Deutschland deutlich mehr Menschen ins Rentenalter kommen, als junge Leute neu auf den Arbeitsmarkt strömen. Bis zum Jahr 2030 erwächst daraus eine beachtliche demografische Lücke von mehr als fünf Millionen Menschen, die nur zum Teil durch Zuwanderung geschlossen werden kann.

Umso wichtiger sind eine höhere Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen und Älteren, mehr qualifizierte Zuwanderung und stärkeres Produktivitätswachstum.

Mehr als
**FÜNF MILLIONEN
MENSCHEN**
wird die demografische Lücke
bis 2030 umfassen.



65-Jährige abzüglich 20-Jährige. Ohne Zu- und Abwanderung.



Quelle: Statistisches Bundesamt,
Berechnungen des IW Köln

TELEGRAMM

FÖRDERPROGRAMM

INNOVATIVE SCHUTZAUSRÜSTUNG

MIT DEM ENDE DER ANTRAGSFRIST für die Bundesförderung „Forschungs- und Technologievorhaben zur Produktion innovativer persönlicher Schutzausrüstung“ (kurz: Innovative Schutzausrüstung) hat die Prüfung der über 70 Projektanträge von mehr als 130 Antragstellern begonnen. Mit dem Förderprogramm werden zusätzliche Innovationsanreize entlang der gesamten Wertschöpfungskette für die Produktion von Schutzausrüstung sowie für Dienstleistungen wie Logistik, Reinigung und Recycling in Deutschland gesetzt.

REGIONALE STRUKTURPOLITIK

NEUAUSRICHTUNG DER GRW

DAS BMWK STARTET EINE ÖFFENTLICHE KONSULTATION zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Die Ergebnisse fließen in die von Bund und Ländern angestrebte Neuausrichtung der GRW ein. Sie soll künftig die Transformation der Wirtschaft umfassender unterstützen. Teilnehmen können alle an der Neuausrichtung interessierten Unternehmen, Kommunen, Verbände und Gewerkschaften sowie weitere Organisationen und Akteure. Der Fragebogen ist hier zu finden:

► bmwk.de/grw-konsultation

PREISVERLEIHUNG

DIGITALES START-UP DES JAHRES

IN EINER VIRTUELLEN PREISVERLEIHUNG HAT DAS BMWK fünf herausragende Gründungsteams mit dem Preis „Digitales Start-up des Jahres 2021“ ausgezeichnet. Mit der Auszeichnung werden Start-ups gewürdigt, die ihre digitalen Gründungsideen in kurzer Zeit besonders erfolgreich umgesetzt haben und erfolgversprechende Konzepte für weiteres Wachstum verfolgen. Den 1. Preis gewann das Start-up SoSafe, das zur Vorbeugung von Cyber-Angriffen eine Plattform entwickelt hat, auf der Mitarbeitende in den Bereichen IT-Sicherheit und Datenschutz sensibilisiert und geschult werden.

ÜBERBRÜCKUNGSHILFE

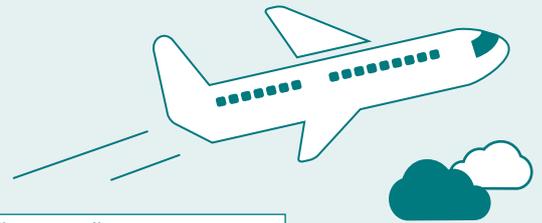
INTERAKTIVES TOOL FÜR REISEWARNUNGEN

FÜR DIE RECHERCHE VON REISEWARNUNGEN stellt jetzt das BMWK ein Online-Tool bereit. Es hilft bei der Beantragung von Überbrückungshilfen III Plus und IV. Reisebüros und Reiseveranstalter können im Fall der Stornierung oder Absage einer Reise aufgrund einer coronabedingten Reisewarnung des Auswärtigen Amtes ihre Provision oder kalkulierte Marge geltend machen. Mithilfe des Tools kann jeweils unkompliziert überprüft werden, ob die besonderen Anforderungen an die Reisewarnung erfüllt sind. Zu finden ist es unter ► www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de/reisewarnungen

KLIMASCHUTZ

21 NOMINIERUNGEN FÜR INNOVATIONSPREIS

DER DEUTSCHE INNOVATIONSPREIS FÜR KLIMA UND UMWELT (IKU) wird aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative des BMWK gefördert. Die eingesetzte Fachjury unter Leitung von Prof. Ottmar Edenhofer (Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung) hat nun auf Basis wissenschaftlicher Bewertungen des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung 21 Projekte für den Preis nominiert. Alle Nominierten finden sich auf ► t1p.de/iku



INVESTIEREN FÜR EUROPA

*DIE PLÄNE DER EUROPÄISCHEN
INVESTITIONSBANK BIS 2024*



Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, ein „Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen“ einzuläuten, um die Grundlagen für ein neues technologisches Zeitalter zu legen. Auch die Europäische Union verfolgt ehrgeizige Ziele, um mannigfaltige Aufgaben gemeinsam zu bewältigen: den Wandel zu einer klimaneutralen und digitalisierten Gesellschaft, die Stärkung der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Europas sowie eine moderne und nachhaltige Infrastruktur und Energieversorgung.

Hierfür sind Investitionen in erheblichem Umfang erforderlich, vor allem von privater Seite. Geeignete Rahmenbedingungen sind dabei essentiell. Gleichzeitig bedarf es einer finanziellen Förderung durch öffentliche Ressourcen, wo aufgrund von Marktversagen private Mittel nicht oder nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind.

DASS SIE ZÜGIG AUF HERAUSFORDERUNGEN REAGIEREN KANN, HAT DIE EIB WÄHREND DER CORONAPANDEMIE GEZEIGT.

Eine tragende Rolle spielen hierbei öffentliche Förderbanken. Aus diesem Grund wurde auf europäischer Ebene bereits mit den Römischen Verträgen von 1957 die Europäische Investitionsbank (EIB) geschaffen. Finanzielle Förderungen in allen Wirtschaftsbereichen und insbesondere in weniger entwickelten Regionen Europas sollen zu einer ausgewogenen und reibungslosen Entwicklung des Gemeinsamen Marktes beitragen. Anteilseigner der EIB sind die Mitgliedstaaten der EU. Die Tätigkeits-

UM DEN GRÜNEN UND DIGITALEN WANDEL ZU BEWÄLTIGEN, BEDARF ES ERHEBLICHER INVESTITIONEN.

schwerpunkte der EIB liegen in den Bereichen Klima- und Umweltschutz, Innovation und Wissen, Infrastruktur, territorialer Zusammenhalt, KMU und internationale Entwicklung.

Im Zuge der europäischen Integration hat sich die EIB fortentwickelt und dabei ihr Aufgabenfeld und den Umfang ihrer Geschäftstätigkeit merklich ausgeweitet. Seit dem Jahr 2000 bildet die EIB zusammen mit dem 1994 eingerichteten Europäischen Investitionsfonds (EIF), der auf Wagniskapitalfinanzierungen und Garantien zugunsten von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) spezialisiert ist, die „EIB-Gruppe“. Seit Anfang dieses Jahres besteht zudem ein gesonderter „Entwicklungszweig“ innerhalb der EIB, in dem ihr Geschäft außerhalb der EU gebündelt wird.

Ihre Fähigkeit, zügig auch auf umfassendere Krisen zu reagieren, hat die EIB im Zuge der Coronapandemie gezeigt. Beispiele hierfür sind etwa die finanzielle Unterstützung von Unternehmen bei der Entwicklung von Impfstoffen ebenso wie der neu eingerichtete „paneuropäische Garantiefonds“ im Umfang von 25 Milliarden Euro, um Investitionen, insbesondere von KMU, von bis zu 200 Milliarden Euro anzuschließen. —>

IN KÜRZE

Europa muss verstärkt in Klimaneutralität, Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit, moderne Infrastrukturen und eine nachhaltige Energieversorgung investieren.

WORTMELDUNG

„GRÜNER UND DIGITALER“

WARUM DER WANDEL DER WIRTSCHAFT HERAUSFORDERUNG UND CHANCE ZUGLEICH IST.

Der Wandel zu einer CO₂-neutralen und digitalen Wirtschaft stellt Europas Unternehmen vor Herausforderungen und ist zugleich eine große Chance. Wir sehen in unserer EIB-Investitionsumfrage, dass viele Firmen schnell auf die pandemiebedingten Veränderungen reagiert haben und dabei auch grüner und digitaler geworden sind. Allerdings nicht alle. So bleiben Risiken, dass die wirtschaftliche Erholung asymmetrisch ausfällt und sich einige Unterschiede in Europa verstärken.

Damit Transformation in der Breite gelingt und Europa zukunftsfest ist, braucht es in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen von privater und von öffentlicher Seite. Beispiel Klimaschutz: Bis 2030 benötigen wir laut Schätzung der EU-Kommission circa 350 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich allein für Energiesysteme. Grenzüberschreitende Netze und erneuerbare Energien müssen ausgebaut und Haushalte und Firmen energieeffizienter werden - nicht zuletzt durch Investitionen in Technologie. Öffentliche Investitionen und regulatorische Rahmenbedingungen sind hierfür zentral.

Gleiches gilt für die Digitalisierung. Hier hat Europa Nachholbedarf. Investitionen in digitale Infrastruktur, IT-Sicherheit, Data-Governance, digitale Verwaltung sowie die Stärkung digitaler Kompetenzen sind entscheidende Faktoren, damit die Transformation in Unternehmen gelingt. Unsere Analyse zeigt, dass Firmen während der Pandemie eher weiter digitalisiert haben, wenn vor Ort die digitale Infrastruktur besser war.

Aufgrund dieser Wechselwirkungen bleiben öffentliche Investitionen als Katalysator und für langfristiges Wachstum in Europa in der aktuellen Erholungsphase besonders wichtig. Die Umsetzung von NextGenerationEU sowie die Nutzung der Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und der Binnenmarktpotenziale sind entscheidend, damit Wandel als Chance gelingt. —



DEBORA REVOLTELLA

Leiterin der volkswirtschaftlichen Abteilung der EIB

SEIT 2009 KANN SICH DIE EIB MEHR MUT ZUM RISIKO LEISTEN.

Die EIB verfügt über eine umfangreiche technische Expertise. Dadurch kann sie Interessenten beratend zur Seite stehen, um bankfähige Finanzierungsprojekte zu entwickeln. Gerade für KMU kann dies angesichts oft begrenzter eigener Kapazitäten oder Erfahrungen eine wichtige Hilfe sein. Aber auch größere Unternehmen oder öffentliche Institutionen können davon profitieren. Eine besondere Stärke der Beratungskapazität der EIB ist ihre EU-weite Markterfahrung. Die Bank kann Finanzierungsmodelle übertragen, die in anderen Mitgliedstaaten funktionieren und hat auch zu grenzüberschreitenden Projekten breite Erfahrungen.

WIE FINANZIERT DIE EIB PROJEKTE?

Die EIB-Gruppe weist ein breit gefächertes Instrumentarium auf, um Projekte zu finanzieren. Im Einzelnen verfügt die EIB-Gruppe über folgende Finanzierungsformen für Vorhaben inner- und außerhalb der EU:

- **Darlehen:** Üblicherweise finanziert die EIB Projekte zu maximal 50% und vergibt dafür Darlehen von mindestens 25 Millionen Euro direkt an die Projektträger. Kleinere Darlehen (etwa an Startups und KMU) werden über eine Partnerbank ausgereicht. Darlehen richten sich sowohl an den privaten als auch den öffentlichen Sektor.
- **Eigenkapital:** Die EIB beteiligt sich an Fonds beziehungsweise vergibt Venture Debt oder Quasi-Eigenkapital, um das Wachstum innovativer KMU und mittelgroßer Unternehmen ebenso wie Infrastruktur- und Umweltschutzprojekte zu fördern.
- **Garantien:** Die EIB verfügt über verschiedene Instrumente, um Kreditrisiken für kleine und mittlere Unternehmen abzusichern. Dies ermöglicht anderen Finanzierungsinstitutionen, den betreffenden Unternehmen eine Finanzierung anzubieten.



Bedeutsam ist, dass die EIB seit 2009 risikoreicherer Geschäft als zuvor in Form sogenannter „Sonderaktivitäten“ betreiben kann. Durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFISI) wurde dieser Bereich seit 2016 stark ausgeweitet. Diese externe Absicherung durch den EU-Haushalt hat die sonst eher vorsichtige Bank motiviert, risikoträchtigeren Investitionen in strategischen Bereichen wie Innovation, Digitalisierung und Infrastruktur oder KMU zu fördern, die sonst über keine oder keine adäquate Finanzierungsquelle verfügten. Seit 2021 werden entsprechende Haushaltsgarantien über das – allerdings kleinere – Nachfolgeprogramm InvestEU mobilisiert.

MEHR ALS **50%**

ihrer Finanzierungen, will die EIB als Klimabank der EU ab 2025 für Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsprojekte nutzen.

Hinzu kommen die Beratungsangebote der EIB bei der Strategie-, Markt- oder Projektentwicklung, über die die Europäische Plattform für Investitionsberatung informiert (siehe ► <https://eiah.eib.org>). Von einem Projektengagement der EIB geht zudem ein wichtiges positives Signal für andere Kapitalgeber aus, sich ebenfalls an dem Vorhaben zu beteiligen. In vielen Fällen wird so eine private Kofinanzierung erst ermöglicht. →

OPERATIVER PLAN DER EIB-GRUPPE 2022–2024

	2022	2023	2024
	<i>in Mrd. Euro</i>		
UNTERZEICHNUNGEN EIB-GRUPPE INSGESAM (EIGENE UND FREMDE MITTEL)	69,1	74,1	76,9
EIB – EU-Aktivitäten	51,2	54,2	58,2
EIB – globale Aktivitäten ¹	9,6	10,1	10,6
EIF (Europäischer Investitionsfonds)	10,3	10,8	9,1
AUSZAHLUNGEN EIB-GRUPPE	20,3	21,4	21,9
ÜBERGEORDNETE FINANZIERUNGSZIELE DER EIB-GRUPPE			
Innovation, Digitales und Humankapital	20,3	21,4	21,9
KMU- und Midcap-Finanzierung	19,1	19,2	19,3
Nachhaltige Städte und Regionen	13,9	15,0	16,0
Nachhaltige Energie und natürliche Ressourcen	17,8	19,6	20,6
	<i>in Anzahl gesamt</i>		
ANZAHL NEUER BERATUNGSaufTRÄGE GESAMT	310	360	390
ANZAHL DER OPERATIONEN DER GRUPPE MIT BERATUNGSUNTERSTÜTZUNG	70	80	90

1 Umfasst sämtliche Zielländer des EIB-Entwicklungszweigs, unter Ausschluss anderer Nicht-EU-Länder (z. B. EFTA, GBR-Altgeschäft)

Quelle: Operativer Plan der EIB-Gruppe 2022-2024, S. 7 (eigene Übersetzung/ Anpassungen)

AUSBLICK AUF DIE KOMMENDEN JAHRE: DER GESCHÄFTSPLAN 2022–2024

IN KÜRZE

Um das Klimaziel von 50 % bis 2025 zu erreichen, soll das Neugeschäft bei Klima- und Nachhaltigkeitsfinanzierungen um bis zu 5 % pro Jahr steigen.

Auch in den kommenden Jahren werden diese Schwerpunkte die Arbeit der EIB bestimmen, wobei dem Klimaschutz eine übergreifende Rolle zukommt. Als Klimabank will die EIB bis 2025 mindestens 50 % ihrer Finanzierungen für Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsprojekte aufwenden und Investitionen in diesen Feldern in Höhe von einer Billion Euro zwischen 2021 und 2030 unterstützen. Dabei prüft sie auch, ob die von ihr geförderten Projekte mit den Zielen und Kriterien des Klimaschützereinkommens von Paris im Einklang stehen. Dies spiegelt sich unter anderem in

DIE EIB WILL BESONDERS VOM GRÜNEN WANDEL BETROFFENE REGIONEN UNTERSTÜTZEN.

entsprechenden Anpassungen ihrer Finanzierungsleitlinien wider. Beispiele sind die Leitlinien für den Energiesektor von 2019, die nach Ablauf der Übergangsfrist die Finanzierung von herkömmlichen fossilen Energieprojekten einschließlich Erdgas seit diesem Jahr im Prinzip ausschließen, oder Finanzierungsleitlinien im Verkehrsbereich, deren Verabschiedung im ersten Quartal 2022 geplant ist. Zudem will die EIB den gerechten Übergang in besonders vom Wandel zu einer klimaneutralen Wirtschaft betroffenen Regionen fördern.

Ihre konkreten Planungen für die nächsten drei Jahre stellt die EIB-Gruppe in ihrem „Operativen Plan 2022–2024“ dar, den EIB-Präsident Werner Hoyer auf der Jahrespressekonferenz der EIB am 27. Januar 2022 vorlegte. Der Plan reagiert auf tiefgreifende Marktverschiebungen infolge der Corona-Pandemie und des gegenwärtigen Niedrigzinsumfeldes. Das Neugeschäft (unterzeichnete Finanzierungsverträge) wird gegenüber 2021 (rund 72 Milliarden Euro) in diesem Jahr leicht sinken. 2023 und 2024 soll es aber wieder deutlich über 70 Milliarden Euro liegen und wachsen. Um das Klimaziel von 50 % zu erreichen, soll das Neugeschäft bei Klima- und Nachhaltigkeitsfinanzierungen um vier bis fünf Prozentpunkte pro Jahr wachsen. Zudem soll den Kohäsionsregionen ein

BEI
72 MILLIARDEN
EURO

lag das Neugeschäft 2021 (unterzeichnete Finanzierungsverträge). Es wird in den kommenden Jahren weiter steigen.



steigender Anteil an den Finanzierungen der EIB zugutekommen. Der operative Plan der EIB-Gruppe 2022–2024 (Tabelle) zeigt im Detail, wie sich das Neugeschäft auf die einzelnen Finanzierungsschwerpunkte verteilen wird und welcher Anteil außerhalb der EU beziehungsweise über den EIF vergeben wird.

Auch die Entwicklung in Richtung riskanterer Projekte wird fortgesetzt. Dabei soll das Volumen des risikoreicheren Geschäfts nach einem Einbruch in 2021 auf 8,3 Milliarden Euro in den Jahren 2022–2024 wieder von 15,9 auf 19,4 Milliarden Euro anziehen. Aufgrund des geringeren Umfangs des EFSI-Nachfolgeinstruments InvestEU wird die EIB diese Risiken nun stärker selbst tragen und unterlegt dieses Geschäft zunehmend mit eigenem Kapital.

HERAUSFORDERUNGEN DER EIB FÜR DIE ZUKUNFT

Angesichts des enormen Investitionsbedarfs auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft gilt es, knappe öffentliche Ressourcen so effizient wie möglich einzusetzen. Hierin liegt die zentrale Aufgabe der EIB als europäische und als öffentliche Förderbank. Herausforderung für die EIB wird dabei sein, als Katalysator für private Investitionen in diesen Bereich zu wirken und präzise ihre Zusätzlichkeit, ihren Mehrwert als öffentliche Förderbank zum Tragen zu bringen.

Die EIB hat sich früh klimapolitisch engagiert, indem sie etwa bereits seit 2007 sogenannte „Klimaschutzanleihen“ ausgibt. Ihr Selbstverständnis als Vorreiterin bei der Finanzierung des Klimaschutzes unterstreicht die EIB mit ihren EU-Klimabank-Ambitionen. Wichtig ist nun, dass die

Bank ihre Klimabank-Roadmap engagiert weiter vorantreibt, gerade durch innovative Transformationsfinanzierungen.

Um derartige Finanzierungen zugunsten von Klimaschutz, Innovation und Digitalisierung voranzubringen, sollte die EIB auch ihre Risikoneigung und -steuerung überprüfen und weiterentwickeln. Mit dem Geschäftsplan 2022–2024 bereitet die EIB eine Ausweitung riskanterer Aktivitäten auf eigene Bücher vor. Dies ist ein wichtiger Schritt, da grüne und digitale Transformation gerade in Pionierbereichen für die Marktakteure riskant sind. In solchen Bereichen Risiken zu übernehmen und damit wichtige Transformationsprozesse zu unterstützen, würde einen klaren Mehrwert der EIB als öffentlicher Förderbank bieten. Die EIB sollte sich zum Beispiel innovativen Geschäfts- und Finanzierungsmodellen zuwenden, die mit dem digitalen und grünen Wandel einhergehen. Auch Gründungsfinanzierungen sollten, vor allem durch den EIF, weiter gestärkt werden.

Geht die EIB auf diesen Wegen mit ehrgeizigen Schritten voran, so verfügt die EU auch künftig über eine schlagkräftige Institution, um Finanzierungen zugunsten ihrer Politikziele zu mobilisieren. —

IN KÜRZE

Mit ihrer EU-weiten Erfahrung und Beratungskompetenz hilft die EIB bei Investitionsprojekten in Zukunftsfeldern.

KONTAKT

JOACHIM SMEND & ALEXANDER SCHENK
Referat: Aspekte der EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik, Europäische Investitionsbank, Mehrjähriger Finanzrahmen, Bund-Länder

schlaglichter@bmwi.bund.de

FRAUEN IN DER WIRTSCHAFT



GENDERPOLITIK IST WIRTSCHAFTSPOLITIK

WARUM DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN NICHT NUR EINE FRAGE DER GERECHTIGKEIT IST

Das Bundeskabinett hat am 26. Januar den Jahreswirtschaftsbericht 2022 beschlossen. Dieser enthält erstmals ein Sonderkapitel, in dem ausgewählte Wohlfahrtsindikatoren systematisch aufbereitet und erläutert werden. Ein Aspekt war dabei auch die Gleichstellung der Geschlechter.

Die Gleichstellung der Geschlechter wurde lange Zeit vor allem als eine Frage der Fairness und Gerechtigkeit betrachtet, als eine Frage, die zuvorderst politische, soziale und kulturelle Dimensionen hat. Aus ökonomischer Sicht kamen zunehmend Aspekte der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen hinzu, die zugleich mehr wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit erfordern und wiederum

POLITISCHE, SOZIALE UND KULTURELLE ASPEKTE STANDEN LANGE IM FOKUS.

Grundlage einer selbstbestimmten Lebensführung sind. So belegen Umfrageergebnisse auch, dass die Geschlechtergleichstellung weltweit ein entscheidender Faktor für individuellen ökonomischen Fortschritt sowie subjektives Wohlbefinden und Zufriedenheit ist.

Dies erfordert zuallererst den gleichberechtigten Zugang zu Bildung, ein Thema, das vor allem im internationalen Kontext für Schwellen- und Entwicklungsländer trotz erheblicher Fortschritte in den letzten Jahrzehnten weiterhin große Bedeu-

tung hat. In vielen OECD-Ländern sind junge Frauen zwar sogar zunehmend besser ausgebildet als junge Männer. Dennoch verdienen Frauen auch dort noch immer weniger als Männer in vergleichbaren Positionen, gelangen seltener an die Spitze der Karriereleiter und haben ein höheres Risiko, die letzten Jahre ihres Lebens in Armut zu verbringen.

Neben diesen sozialen und individual-ökonomischen Perspektiven ist aber auch eine gesamtwirtschaftliche Dimension bei der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen von Bedeutung. So werden in der Debatte zunehmend auch die gesamtgesellschaftlichen Kosten der Ungleichheit in Betracht gezogen und die Gleichstellung der Geschlechter als wirtschaftliche Investition begriffen, also als ein Faktor, der eine bessere Integration des produktiven Potenzials der Erwerbsbevölkerung ermöglicht. Dies ist nicht zuletzt auch eine zentrale Voraussetzung für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und damit für eine Stabilisierung der Staatsfinanzen und der sozialen Sicherungssysteme. —>

IN KÜRZE

Die Gleichstellung der Geschlechter ist auch von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung.

IN VIELEN OECD-LÄNDERN VERDIENEN FRAUEN NOCH IMMER WENIGER ALS MÄNNER IN VERGLEICHBAREN POSITIONEN.

STUDIEN ZEIGEN ERHEBLICHES POTENZIAL DURCH TEILHABE

Eine Vielzahl empirischer Untersuchungen zeigt signifikant negative Auswirkungen von Geschlechterungleichheit auf wirtschaftliches Wachstum, insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern. Aber auch in Industrieländern lassen sich Vorteile für Unternehmen und die Wirtschaft insgesamt infolge einer stärkeren und gleichberechtigten Teilhabe von Frauen feststellen. So argumentieren zum Beispiel Autoren einer international vergleichenden McKinsey-Studie, dass zunehmende Beschäftigungs- und Führungsmöglichkeiten für Frauen die Effektivität der Unternehmensorganisation steigern. Sie stellen fest, dass Unternehmen mit mehr als 30 % weiblichen Führungskräften profitabler waren als Unternehmen mit einem geringeren Frauenanteil. Ähnliche Resultate zeigen sich für eine ethnisch diverse Führungsbelegschaft.

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) widmete sich der Fragestellung auf europäischer Ebene im Rahmen einer Simulationsstudie. Dabei wurde analysiert, welche Auswirkungen die Reduzierung des Geschlechtergefälles bei der Ausbildung in MINT-Fächern, bei der Arbeitsmarktpartizipation sowie bei Löhnen und Gehältern

hätte. Demnach wäre eine verbesserte Geschlechtergleichstellung EU-weit mit der Schaffung von bis zu 10,5 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen (von denen viele mit Frauen besetzt würden) und einem Anstieg des EU-weiten BIP pro Kopf von bis zu knapp 10 % bis 2050 verbunden. Schließlich deuten weitere Studien darauf hin, dass eine „faire“ Beteiligung von Frauen am Wirtschaftsgeschehen nicht nur allgemein wachstumsfördernd ist, sondern auch zur Stabilität des Finanzsektors beiträgt, Einkommensungleichheit verringert und demografische Verschiebungen mildert.



MEHR GLEICHSTELLUNG KÖNNTE EU-WEIT BIS ZU 10,5 MILLIONEN ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN.

ABBILDUNG 1: ERWERBSTÄTIGENQUOTE IN DEUTSCHLAND



UM BIS ZU

10 %

könnte eine verbesserte Geschlechtergleichstellung das EU-weite BIP pro Kopf bis 2050 ansteigen lassen.

ASPEKTE DER GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT

Die Erkenntnisse zu den sozialen und wirtschaftlichen Vorteilen einer besseren Geschlechtergleichstellung haben – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der absehbaren demografischen Herausforderun-

UNTERNEHMEN MIT MINDESTENS 30 % WEIBLICHEN FÜHRUNGSKRÄFTEN SIND PROFITABLER.

gen – zu einer besonderen Beachtung dieser Thematik im Rahmen der Wohlfahrtsbetrachtung des diesjährigen Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung geführt.

STIEGENDE ABER WEITER AUSBAUFÄHIGE ERWERBSBETEILIGUNG VON FRAUEN

Das Zusammenwirken der Trends von Digitalisierung, demografischem Wandel und Dekarbonisierung führt bereits jetzt zu einem steigenden Bedarf an Fachkräften und strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Hinzu kommen die aktuellen Herausforderungen der Corona-Pandemie. Die Bundesregierung zielt im Rahmen ihrer Fachkräftestrategie und der Nationalen Weiterbildungsstrategie nicht zuletzt auch auf eine höhere Qualifikation und Erwerbsbeteiligung von Frauen. Damit sollen der Trend einer stetig steigenden Erwerbstätigenquote von Frauen der letzten Dekade fortgesetzt (Abbildung 1) und vor allem Anreize für eine Ausweitung des Arbeitsvolumens gesetzt werden, da immer noch viele Frauen in Teilzeit arbeiten. —>

ABBILDUNG 2: VERDIENSTABSTAND ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN

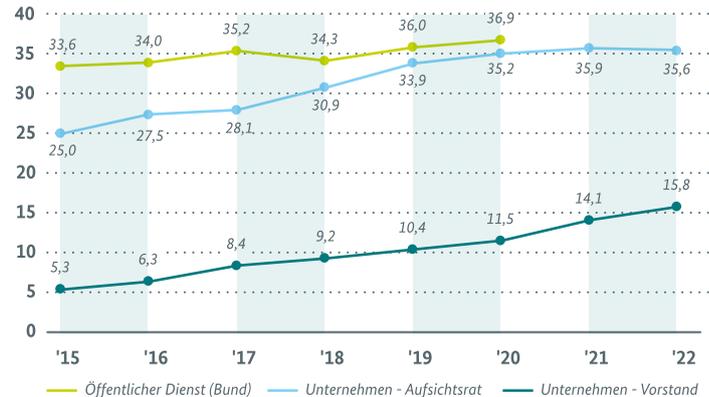
in % der Verdienste der Männer



Quelle: Statistisches Bundesamt

ABBILDUNG 3: FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Anteile Frauen, in %



Quellen: Statistisches Bundesamt, Frauen in die Aufsichtsräte e.V.

LOHNUNTERSCHIEDE MÜSSEN WEITER VERRINGERT WERDEN

Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Wirtschaftsgeschehen sollte sich zudem auch in einer „fairen“ Lohnstruktur sowie einer angemessenen Repräsentanz in Führungspositionen niederschlagen; beides wurde ebenfalls anhand entsprechender Indikatoren im Sonderkapitel des Jahreswirtschaftsberichts beschrieben. Bei den Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern wurde in den vergangenen Jahren zwar eine spürbare Verringerung erzielt – der (unbereinigte) Verdienstabstand ist zwischen 2012 und 2020 um fünf Prozentpunkte gesunken. Doch die Verbesserung ist noch nicht ausreichend, da der durchschnittliche

IN KÜRZE

Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern hat sich zwischen 2012 und 2020 um fünf Prozentpunkte verringert.

BEI **35,6** %

lag der Anteil von Frauen in den Aufsichtsräten von 106 börsennotierten Unternehmen im Januar 2022.



ABBILDUNG 4: KINDER IN GANZTAGSBETREUUNG IN TAGESEINRICHTUNGEN

Anteil an allen Kindern der gleichen Altersgruppe, in %



Quelle: Statistisches Bundesamt

DIE GANZTAGSBETREUUNGSQUOTE BETRUG IM VERGANGENEN JAHR 47 % FÜR DREI- BIS FÜNFJÄHRIGE UND 16,5 % FÜR NULL- BIS ZWEIJÄHRIGE.

Bruttostundenlohn von Frauen immer noch 18 % unter dem der Männer liegt (Abbildung 2). Die Bundesregierung strebt eine weitere Verringerung der Lohnlücke zwischen Frauen und Männern an. Dafür wird sie das Entgelttransparenzgesetz weiterentwickeln und sich auf europäischer Ebene für eine ehrgeizige Ausgestaltung der EU-Richtlinie zur Lohntransparenz einsetzen.

FRAUEN ZUNEHMEND IN FÜHRUNGSPOSITIONEN

Erfreulich ist, dass sich der Anteil der Frauen in Führungspositionen in den letzten Jahren stetig und deutlich erhöht hat: In den Aufsichtsräten von 106 börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen lag er – auch als Folge der Einführung einer festen Quote durch das Führungspositionen-Gesetz – im Januar 2022 bei 35,6 %, in

den Vorständen dieser Unternehmen bei 15,8 %. Im öffentlichen Dienst des Bundes (oberste Bundesbehörden) ist der Anteil von Frauen in Führungspositionen ebenfalls deutlich gestiegen und lag 2020 bei 36,9 % (Abbildung 3).

Das Zweite Führungspositionen-Gesetz enthält als zentrale Neuerung ein Mindestbeteiligungsgebot für Vorstände mit mehr als drei Mitgliedern in großen deutschen Unternehmen. Die Bundesregierung will außerdem die Beteiligung von Frauen unter anderem in Investment-Komitees von staatlichen Fonds und Beteiligungsgesellschaften deutlich stärken.

BETREUUNGSANGEBOTE MÜSSEN WEITER AUSGEBAUT WERDEN

Schließlich bildet das Angebot zur Ganztagesbetreuung von Kindern eine wesentliche Voraussetzung für eine hohe Erwerbsbeteiligung von Eltern und insbesondere Müttern. Dieses konnte in den letzten Jahren deutlich gesteigert werden: Die Betreuungsquote betrug im vergangenen Jahr 47 % für Drei- bis Fünfjährige und 16,5 % für Null- bis Zweijährige (Abbildung 4). →

IN KÜRZE

Immer mehr Frauen arbeiten in Führungspositionen. Haben sie Familie, entscheidet oft auch die Kinderbetreuung über die Karriereleiter.

IN DEN VERGANGENEN JAHREN IST DER FRAUENANTEIL IN FÜHRUNGSPOSITIONEN DEUTLICH GESTIEGEN.

EIN INVESTITIONSPROGRAMM SOLL DIE QUALITÄT DER KITAPLÄTZE VERBESSERN.

Um das Angebot weiter auszuweiten, plant die Bundesregierung ein Investitionsprogramm, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Qualität der Kita-Plätze gelegt werden soll. Mit Ländern und Kommunen will sich die Bundesregierung über die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbildung und -betreuung verständigen sowie einen gemeinsamen Qualitätsrahmen entwickeln. Zudem soll unter anderem eine Umgestaltung der Förderung hausnaher Dienstleistungen dazu beitragen, die Erwerbsbeteiligung von Partnern mit Betreuungsverpflichtungen zu steigern.

WIRTSCHAFTSPOLITIK WIRD GLEICHSTELLUNG WEITER FÖRDERN

Die Bundesregierung versteht das erstmalig im Jahreswirtschaftsbericht 2022 präsentierte Indikatorenset als Ausgangspunkt eines Prozesses, in dem die Messung von Wohlfahrt einschließlich der zugrunde liegenden Daten sowie die Methodik, Auswahl und Systematisierung der Indikatoren kontinuierlich überprüft und verbessert werden sollen. Dies bietet auch Möglichkeiten, in Zukunft noch weitere Facetten der Geschlechtergleichstellung zu betrachten.

Die Entwicklung im Bereich der Gleichstellung von Männern und Frauen muss nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Erwerbsbeteiligung weiter beobachtet werden. So zeigte sich bereits eine Verschlechterung der Erwerbsmöglichkeiten in vornehmlich von Frauen ausgeübten und von der Krise besonders betroffenen Berufen, wie zum Beispiel im Einzelhandel, im Hotel- und Gastgewerbe sowie bei körpernahen Dienstleistungen.

Hinzu kommt, dass während der Pandemie infolge der Schließung von Kitas und Schulen vor allem Frauen mehr unbezahlte Betreuungsleistungen und Unterstützung beim Homeschooling erbracht haben („Care-Arbeit“). Zahlreiche Maßnahmen der Bundesregierung zur Abfederung der Pandemieauswirkungen setzen hier bereits an und zielen auf eine Entlastung von Personen mit Betreuungspflichten, beispielsweise durch einen erhöhten Anspruch auf Kinderkrankentage oder eine flexiblere Inanspruchnahme von Pflegezeit und Familienpflegezeit.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Gleichstellung von Frauen und Männern in diesem Jahrzehnt zu erreichen. Auch die Wirtschaftspolitik soll die Integration von Frauen im Wirtschaftsleben weiter fördern und ihre Leistungen öffentlich sichtbarer machen. —

MEHR ZUM THEMA

Weitere Informationen des BMWK zu diesem Thema; insbesondere zur Rolle von Frauen in der Wirtschaft als Unternehmerinnen, Gründerinnen, in Führungspositionen und als Fachkräfte, sind abrufbar unter:
► www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/frauen-in-der-wirtschaft.html

DR. DIRK NEUMANN
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse

schlaglichter@bmwi.bund.de

IN KÜRZE

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Gleichstellung von Frauen und Männern in diesem Jahrzehnt zu erreichen.

KURZ & KNAPP

DIGITALISIERUNG VORANBRINGEN

„GO-DIGITAL“ GEHT IN DIE ZWEITE FÖRDERRUNDE

So wie sich digitale Technologien stetig weiterentwickeln, müssen auch mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe ihre Geschäftsmodelle an Herausforderungen anpassen und Prozesse digitalisieren. Daher hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz das Förderprogramm „go-digital“ weiterentwickelt: Mit der zum 1. Januar 2022 in Kraft getretenen Verlängerung knüpft „go-digital“ an bisherige Erfolge der Förderung von Beratungsleistungen an. Bisher haben über 4.000 Unternehmen die „go-digital“-Förderung in den bewährten Modulen „IT-Sicherheit“, „Digitale Geschäftsprozesse“ und „Digitale Markterschließung“ in

Anspruch genommen. So hat ein Handwerksunternehmen erfolgreich ein digitales Auftragsmanagementsystem eingeführt. Interessierte können jetzt über ein Onlinetool rund um die Uhr Termine buchen. Der langfristige Terminfindungsprozess entfällt. Ein anderes Unternehmen, das Gefahrenmeldeanlagen installiert, hat durch „go-digital“ die nach Anschluss der Technik notwendige Gefahrenschulung digitalisiert. Diese kann jetzt flexibel über Smartphone oder Tablet selbständig absolviert werden.

In der zweiten Förderrunde wird „go-digital“ durch zwei weitere Themen ergänzt: Im Modul „Digitalisierungs-

strategie“ sind strategische Beratungsleistungen förderfähig, um neue digitale Geschäftsprozesse zu entwickeln oder vorhandene Geschäftsmodelle in die digitale Welt zu überführen. Damit Unternehmen von der sich entwickelnden Datenökonomie profitieren können, wurde das Modul „Datenkompetenz – go-data“ neu geschaffen. In Zusammenarbeit mit einem Beratungsunternehmen sollen vorhandene Daten im Unternehmen identifiziert, systematisch erhoben, gesammelt, zusammengeführt und so aufbereitet werden, dass sie wertschöpfend ausgewertet und genutzt werden können. Dadurch kann auch der zukunftsweisende Weg zum Einsatz Künstlicher Intelligenz geebnet werden.

Über das Förderprogramm „go-digital“ werden die anfallenden Kosten für die Beratung und Umsetzung mit bis zu 50 % der Nettoausgaben und bis zu einer Höchstgrenze von 16.500 Euro bezuschusst. Rechtlich selbständige Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft einschließlich des Handwerks mit weniger als 100 Beschäftigten und einem Vorjahresumsatz beziehungsweise einer Vorjahresbilanz von maximal 20 Millionen Euro können von der Förderung profitieren. Die neue Förderrichtlinie gilt bis zum 31. Dezember 2024. Das BMWK stellt für die Projekte Fördermittel in Höhe von 72 Millionen Euro für die Jahre 2022 bis 2024 zur Verfügung.

So geht's go-digital



Sie finden Ihr autorisiertes Beratungsunternehmen auf der Beraterlandkarte www.bmwi-go-digital.de



Sie schließen mit diesem einen Beratervertrag



Nach Bewilligung startet die zu 50 % geförderte Beratung und Umsetzung der gewählten Module



Das autorisierte Beratungsunternehmen stellt den Förderantrag



Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, verbesserte Marktchancen und effiziente Unternehmensprozesse

**Erfolgreich digitalisiert
dank go-digital!**

Quelle: BMWK

MEHR ZUM THEMA

Weiterführende Informationen finden Sie unter: ► t1p.de/gqos

UTA BÖHNER

Referat: Industrieforschung für Unternehmen, Innovationsberatung

schlaglichter@bmwi.bund.de



GEMEINSAM NACH VORN SCHAUEN

***BILANZ NACH EINEM JAHR: SO STEHT ES UM
DAS HANDELS- UND KOOPERATIONSABKOMMEN
MIT DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH.***

HEILIGABEND

2020

*kam es doch noch zu einer Einigung
zwischen dem Vereinigten Königreich
und der EU.*

bedeutsamen Angemessenheitsbeschlüsse im Datenschutzbereich erlassen. Hierin stellt sie fest, dass personenbezogene Daten im Vereinigten Königreich einen mit dem Europäischen Datenschutzrecht vergleichbaren adäquaten Schutz genießen. Die Beschlüsse sind zunächst auf vier Jahre befristet und stehen unter dem Vorbehalt eines gleichbleibenden Datenschutzniveaus im Vereinigten Königreich. Weitere vorgesehene Kooperationen wie die Assoziierung des Vereinigten Königreichs zu fünf Unionsprogrammen (darunter dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa) und Vereinbarungen im Bereich Finanzdienstleistungen sowie zur Energiezusammenarbeit in der Nordsee sind noch nicht abschließend vereinbart.

Im Anschluss an das endgültige Inkrafttreten des Handels- und Kooperationsabkommens am 1. Mai 2021 wurde zügig die institutionelle Arbeit aufgenommen. Der Partnerschaftsrat – das vom Abkommen eingerichtete Hauptgremium – trat am 9. Juni 2021 erstmals zusammen. Dies bildete den Auftakt für die 19 mit den Unterbereichen

IN KÜRZE

Der Handel mit Großbritannien nahm 2021 weiter ab. Viele Unternehmen passen ihre Geschäftsmodelle an. Probleme machen auch abweichende Standards und Regeln im Vereinigten Königreich.

Nach einer Einigung in letzter Minute an Heiligabend 2020 und dem vorläufigen Inkrafttreten zum 1. Januar 2021 war das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich nach Zustimmung des Europäischen Parlaments und der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt zum 1. Mai 2021 endgültig in Kraft getreten. Das Handels- und Kooperationsabkommen hat für die Wirtschaft Rechtssicherheit geschaffen. Es sieht für den Warenhandel weder Zölle noch Quoten vor – eine bislang einmalige Regelung für Freihandelsabkommen der EU. Zum 28. Juni 2021 hat die Europäische Kommission zudem die für die Wirtschaft

WEITERGEHENDE EU-KOOPERATIONEN MIT GROSSBRITANNIEN VERZÖGERN SICH

des Abkommens befassten Ausschüsse, deren erste Sitzungen in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 stattfanden. Die Gremien arbeiten inhaltlich am Abkommen, bieten aber auch eine Plattform für den Austausch der Europäischen Union mit dem Vereinigten Königreich zu den legislativen und politischen Entwicklungen. →

NUR
97
 MILLIARDEN
 EURO

betrug das Handelsvolumen
 zwischen Deutschland und dem
 Vereinigten Königreich 2021.

IN KÜRZE

Gestiegene Kosten für Zollverfahren, längere Lagerhaltung, Lieferverzögerungen und geänderte Vorschriften sind Handelsbarrieren.

Auch das ambitionierteste Freihandelsabkommen kann jedoch kein Äquivalent für die Mitgliedschaft im EU-Binnenmarkt und in der Zollunion sein. Es sind erhebliche Hürden für den täglichen Geschäftsverkehr hinzugekommen. Um die im Abkommen vereinbarte Zollfreiheit in Anspruch nehmen zu können, müssen Unternehmen den Ursprung ihrer Produkte nachweisen. Weiterer administrativer (Mehr-)Aufwand entsteht durch Zollanmeldungen und -abfertigungen. Zudem können Gebühren für Dienstleistungen im Zusammenhang mit Warenimporten und -exporten anfallen. All dies spiegelt sich auch in den Handelszahlen für 2021 wider.

HANDELSZAHLEN ZWISCHEN BEIDEN LÄNDERN WEITER RÜCKLÄUFIG

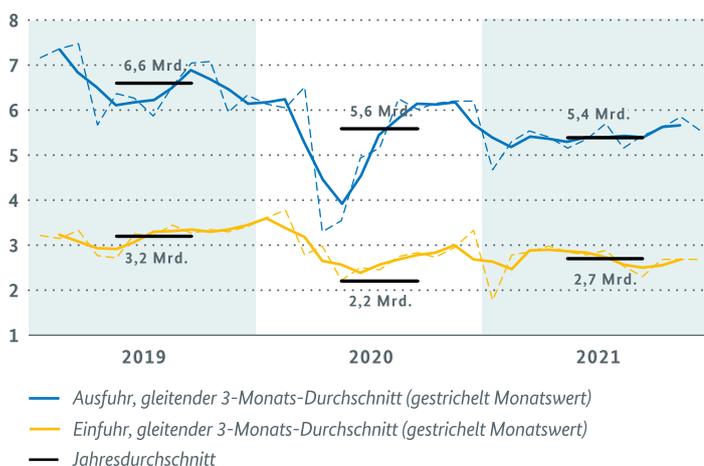
Der bilaterale Handel Deutschlands mit dem Vereinigten Königreich ist seit dem Brexit-Referendum im Jahr 2016 grundsätzlich rückläufig. Während das Handelsvolumen zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich im Jahr 2015 noch 127,43 Milliarden Euro betrug, umfasste es im Jahr 2020 nur noch 101,56 Milliarden Euro und im Jahr 2021 nach vorläufigen Zahlen nur noch 97,43 Mrd. Euro. Das Vereinigte Königreich ist damit von Rang fünf der deutschen Handelspartner im Jahr 2015 auf Rang zehn im Jahr 2021 gefallen.

Nach einem Einbruch des Handelsvolumens im ersten Quartal 2021, insbesondere im Januar und Februar 2021, bei dem Sondereffekte aufgrund der späten Einigung auf das Abkommen zu berücksichtigen sind (Vorratskäufe und Lagerhaltung der Unternehmen), haben sich die Zahlen seit April 2021 wieder stabilisiert. Im zweiten Quartal 2021 lagen die Handelsvolumina durchgehend über den Vergleichswerten in 2020, aber unter den Werten von 2019. Dieser Trend setzte sich auch im Juli 2021 fort.

BALD KEIN TOP10-HANDELSPARTNER MEHR?

ABBILDUNG 1: DEUTSCHER WARENHANDEL MIT DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH

saisonbereinigt, in Mrd. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

ERHEBLICHE HÜRDEN FÜR DEN GESCHÄFTS- VERKEHR TROTZ FREIHANDELSABKOMMEN

Von August bis Dezember sank das Handelsvolumen dann wieder unter die Werte der beiden Vorjahre. Die Gesamtjahreswerte liegen damit – nach vorläufigen Zahlen – unter denen der beiden Vorjahre (Abbildung 1).

RÜCKGANG DER HANDELSUMSÄTZE ZEIGT VERÄNDERTE GESCHÄFTSMODELLE

Die bisherigen Handelszahlen zeigen, dass zwar ein großer Einbruch ausgeblieben ist, sich der Trend der rückläufigen Handelszahlen aber auch mit dem Handels- und Kooperationsabkommen fortsetzt. Deutsche und europäische Wirtschaftsverbände melden als größte Probleme für Unternehmen im Zusammenhang mit dem Geschäft mit dem Vereinigten Königreich seit dessen Austritt aus EU-Binnenmarkt und Zollunion Ende 2020 die gestiegenen Kosten zum Beispiel durch Zollverfahren, Kosten für Zollagenten, zusätzliches Training, längere Lagerhaltung, Verzögerungen bei Lieferungen und Unsicherheit über die veränderten Vorschriften im Vereinigten Königreich. Eine dauerhafte Umstellung von Geschäftsmodellen in vielen Bereichen lässt sich schon jetzt beobachten und ist weiter zu erwarten. Für kleine und mittlere Unternehmen auf beiden Seiten des Ärmelkanals hat sich die Umstellung als besonders schwierig erwiesen. Eine aktuelle Umfrage des DIHK hat zudem ergeben, dass im Vereinigten Königreich tätige Unternehmen bei den Geschäftsrisiken überdurchschnittlich oft den Fachkräftemangel (55 % der Unternehmen gegenüber 37 % weltweit), Handelsbarrieren durch



3 FRAGEN AN

DR. ULRICH HOPPE
HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER DER DEUTSCH-
BRITISCHEN INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER

WIE STEHT ES UM DIE WIRTSCHAFTSBE- ZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM VEREINIG- TEN KÖNIGREICH UND DEUTSCHLAND?

Trotz des signifikanten Rückgangs im bilateralen Handel seit dem Brexit-Referendum 2016 ist aus britischer Sicht Deutschland immer noch ein wichtiger Handelspartner. Umgekehrt hat das Vereinigte Königreich über die letzten Jahre für die deutsche Wirtschaft an Bedeutung verloren. Unsere regelmäßigen Umfragen zeigen aber, dass in Großbritannien investierende deutsche Unternehmen überwiegend mit ihrer Tätigkeit auf der Insel sehr zufrieden sind.

BERICHTEN ZUFOLGE WILL GROSS- BRITANNIEN VON EU-REGELN UND STAN- DARDS ABWEICHEN. WAS ERWARTEN SIE?

Einer der Gründe für den EU-Austritt war die Rückgewinnung von Souveränität. Dies bedingt natürlich, dass man sich eigene Regeln schaffen möchte, die man für besser geeignet hält. Wie sich der regulative Rahmen deshalb entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Wirtschaftliche Zwänge werden sicherlich in einigen Bereichen dafür sorgen, dass sich britische Regularien weiter parallel zur EU entwickeln.

WIE WIRKT SICH DER BREXIT AUF DIE LIEFERKETTEN-STRUKTUREN AUS?

Wir sehen, dass Lieferketten zum Teil simplifiziert werden, da sich die Integration des Vereinigten Königreich in komplexe Lieferketten aufgrund administrativer Kosten in einigen Fällen nicht mehr lohnt. In Einzelfällen verlegen deutsche Unternehmen daher Teile ihrer Produktion, die für den britischen Markt bestimmt ist, dorthin, um mögliche Lieferprobleme zu vermeiden. Gleiches gilt umgekehrt für britische Unternehmen und die Verlegung von Teilen ihrer Produktion in die EU.

IN KÜRZE

Der Fachkräftemangel auf der Insel und Handelsbarrieren bergen Risiken.

Bevorzugung einheimischer Unternehmen (43 % gegenüber 22 % weltweit) und die Rechtsunsicherheit (30 % gegenüber 18 % weltweit) anführen. Bei den Auswirkungen der Corona-Krise haben überdurchschnittlich viele im Vereinigten Königreich tätige deutsche Unternehmen angegeben, dass sie von Problemen in der Lieferkette/Logistik betroffen sind (85 % gegenüber 54 % weltweit) (Abbildung 2). Dies deutet darauf hin, dass die weltweit auftretenden pandemiebedingten Probleme im Verhältnis zum Vereinigten Königreich durch den Brexit noch deutlich verstärkt werden.

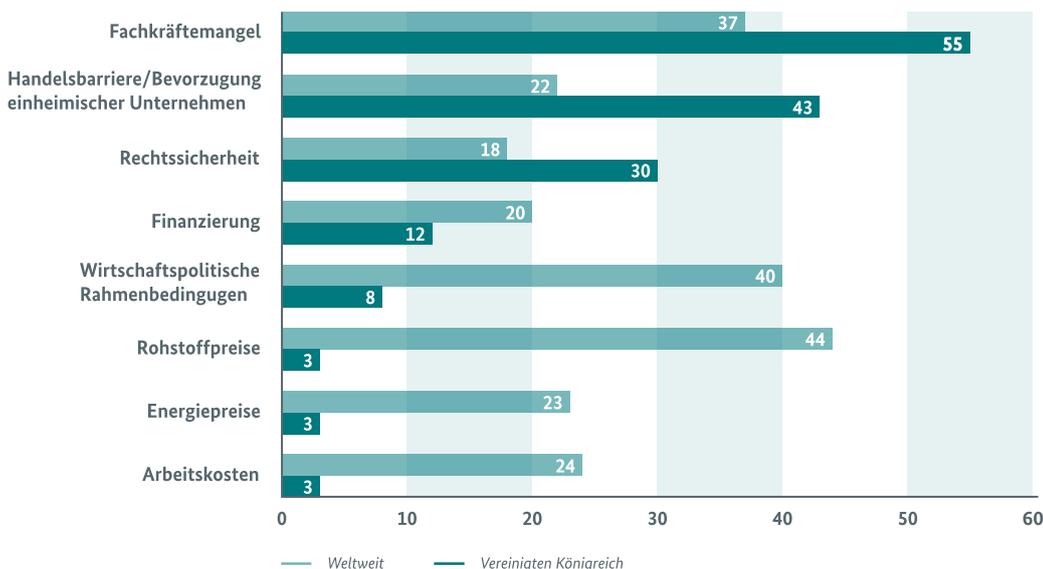
HANDELSBARRIEREN DURCH UNTERSCHIEDLICHE STANDARDS UND REGELN

Bereits seit dem 1. Januar 2021 machen sich für Unternehmen, die britische Waren auf dem EU-Binnenmarkt in den Verkehr bringen wollen, in der Anwendung des Handels- und Kooperationsabkommens zusätzliche Hürden bemerkbar. Es sind zum Beispiel zusätzliche Anforderungen an Zulassungen, Konformitätsnachweise und Etikettierungen/Kennzeichnungen zu erfüllen. Auch führt die Europäische Union seit 1. Januar 2021 vollständige Zollkontrollen für Importe aus dem Vereinigten Königreich durch. Für den Export von EU-Waren auf den britischen Markt werden sich viele Hürden dagegen erst zukünftig bemerkbar machen. Die Erleichterungen bei Zollkontrollen für Importe aus

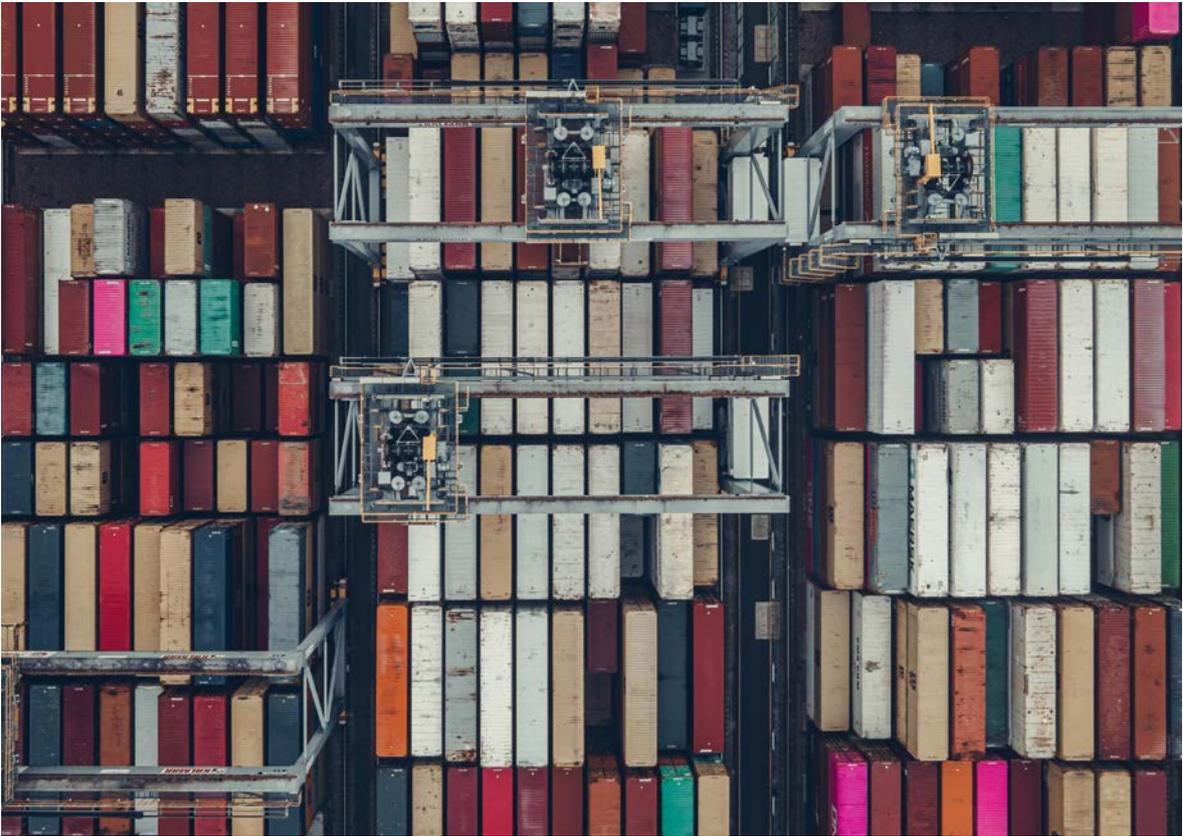
DEUTSCHE UNTERNEHMEN BERICHTEN VON LIEFERKETTEN-PROBLEMEN.

ABBILDUNG 2: GRÖSSTE GESCHÄFTSRISIKEN AUS SICHT DER DEUTSCHEN UNTERNEHMEN IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH

Angaben in %, Mehrfachnennung möglich



Quelle: AHK World Business Outlook - Sonderauswertung Großbritannien - Herbst 2021



DER EXPORT VON EU-WAREN WIRD SCHWIERIGER WERDEN.

der Europäischen Union sollen im Jahr 2022 sukzessive wegfallen. Seit dem 1. Januar 2022 gibt es Zollkontrollen für Industriegüter. Weitere Kontrollstufen – im Wesentlichen für Produkte tierischen und pflanzlichen Ursprungs – sollen zum 1. Juli, 1. September und 1. November aktiviert werden. Zudem führt die britische Regierung zum 1. Januar 2023 die verpflichtende Verwendung einer UK-eigenen Konformitätskennzeichnung (UKCA: UK Conformity Assessed) ein. Die Verwendung der CE-Kennzeichnung soll ab diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich sein. Schließlich hat die Regierung

des Vereinigten Königreichs angekündigt, zukünftig in weiteren Bereichen vom EU-Acquis abweichen zu wollen, insbesondere in den Bereichen Datenschutz, Medizinprodukte, Künstliche Intelligenz, im Finanzwesen sowie bei den Regeln zur genetischen Modifikation von landwirtschaftlichen Nutzpflanzen und -tieren. All dies könnte die Marktzugangsschwellen für EU-Unternehmen zukünftig noch einmal erhöhen.

Weitere Unsicherheit für Unternehmen rührt zudem aus den andauernden Differenzen der Europäischen Union und des Vereinigten Königreichs über das Nordirlandprotokoll, welches vom Vereinigten Königreich nicht vollständig umgesetzt und grundsätzlich infrage gestellt wird. Sollten die laufenden Gespräche zwischen der Europäischen Kommission und der britischen Regierung über diese Problematik nicht zu einem erfolgreichen →

IN KÜRZE

Die britische Regierung will etwa bei Datenschutz, Medizin, Künstlicher Intelligenz und im Finanzwesen eigene Wege gehen.

ES GILT, DAS ABKOMMEN MIT LEBEN ZU FÜLLEN.

Abschluss kommen, könnte dies auch Auswirkungen auf das Handels- und Kooperationsabkommen haben. Denn das Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, dessen Bestandteil das Nordirlandprotokoll ist, bildet die Grundlage für das Handelsabkommen. Beide sind untrennbar miteinander verbunden.

DEN BLICK NACH VORNE RICHTEN

Die Europäische Union und das Vereinigten Königreich haben im Jahr 2020 neun Monate lang intensiv über das Handels- und Kooperationsabkommen verhandelt, das die künftigen Beziehungen regeln und die jahrelange Unsicherheit für Unternehmen und Bürger beseitigen sollte. Das Abkommen stellt unter den gegebenen Möglichkeiten eine gute Grundlage für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich dar. Von vorneherein war klar, dass die Wirtschaftsbeziehungen auch mit dem ambitio-

niertesten Handelsabkommen notwendigerweise weniger eng sein würden als zuvor und dass das Vereinigte Königreich seine Standards eventuell auch abweichend von den EU-Regelungen weiterentwickeln würde.

Angesichts der aktuellen Differenzen über das Austrittsabkommen bleibt zu wünschen, dass der Blick wieder gemeinsam nach vorn gerichtet wird und damit etwas von der Dynamik zurückkehrt, die Anfang 2021 bei der Neuausrichtung der Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich zu spüren war. Nur so wird es gelingen, gemeinsam die Chancen, die das Handels- und Kooperationsabkommen bietet, in den Blick zu nehmen und das Abkommen tatsächlich mit Leben zu füllen. —

IN KÜRZE

Das Austrittsabkommen und das Handels- und Kooperationsabkommen sind untrennbar verbunden.

9 **MONATE**

dauerten die Abkommens-Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich.

KONTAKT

DR. RIEKE ARENDT &
CHARLOTTE MASSENBERG
Referat: Frankreich, Italien, Spanien,
Portugal, Belgien, Niederlande, Luxemburg,
Irland und Vereinigtes Königreich

schlaglichter@bmwi.bund.de



TERMINE

3 MÄRZ 2022

28.02. – 01.03.2022

Informelles Treffen der Kohäsionsministerinnen und -minister

07.03.2022

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Januar)

08.03.2022

Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar)

10./11.03.2022

Informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs zum Thema „Ein neues Europäisches Modell für Wachstum, Investition und Beschäftigung“

14./15.03.2022

Eurogruppe/ECOFIN

16.03.2022

Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage“

17.03.2022

Umwelt-/Klimarat in Brüssel

24./25.03.2022

Europäischer Rat in Brüssel

4 APRIL 2022

04./05.04.2022

Eurogruppe/ECOFIN

06.04.2022

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Februar)

07.04.2022

Produktion im Produzierenden Gewerbe (Februar)

13.04.2022

Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage“

27.04.2022

Frühjahrsprojektion der Bundesregierung

5 MAI 2022

05.05.2022

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (März)

06.05.2022

Produktion im Produzierenden Gewerbe (März)

13.05.2022

Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage“

23./24.05.2022

Eurogruppe/ECOFIN

DIE „SCHLAGLICHTER“ ALS ABONNEMENT



Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch als elektronischer Newsletter verfügbar. Für ein Abonnement können Sie sich unter folgender Adresse registrieren: www.bmwk.de/abo-service

Darüber hinaus stehen die Ausgaben des Monatsberichts sowie einzelne Beiträge aus älteren Ausgaben auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie unter folgender Adresse zur Verfügung: www.bmwk.de/schlaglichter

Haben Sie Fragen oder Anregungen zu den „Schlaglichtern“ bzw. einzelnen Artikeln? Dann wenden Sie sich gern an: schlaglichter@bmwi.bund.de



KONJUNKTUR

*DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEUTSCHLAND
IM FEBRUAR 2022*

46

BIP-NOWCAST FÜR DAS 1. QUARTAL 2022

52

DIE LAGE DER WELTWIRTSCHAFT ZU JAHRESBEGINN 2022

54

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEUTSCHLAND IM FEBRUAR 2022¹

IN KÜRZE

IM VIERTEN QUARTAL 2021 IST DAS BRUTTOINLANDS-PRODUKT UM 0,7 % ZURÜCKGEGANGEN. Das Jahresergebnis wurde aufgrund von Revisionen der Vorquartale allerdings auf 2,8 % korrigiert. Am aktuellen Rand setzt sich die Stabilisierung der Industriekonjunktur fort, während die Entwicklung der Dienstleistungsbereiche weiterhin stark vom Verlauf der Pandemie abhängt.

DIE PRODUKTION IM VERARBEITENDEN GEWERBE HAT SICH IM SCHLUSSQUARTAL 2021 STABILISIERT. Im Dezember wuchs die Industrieproduktion nach Anstiegen im Oktober und im November noch einmal um 1,2 %. Auch die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe legten mit einem Plus von 2,8 % den zweiten Monat in Folge zu. Die Unternehmen rechnen mit einer Auflösung der Lieferengpässe zur Jahresmitte hin, was gemeinsam mit dem hohen Auftragsbestand für einen optimistischeren Ausblick sorgt.

DIE UMSÄTZE IM EINZELHANDEL SIND IM DEZEMBER JEDOCH SPÜRBAR GESUNKEN, WAS INSBESONDERE AUF DIE 2G-REGELN FÜR VIELE GESCHÄFTE ZURÜCKZUFÜHREN SEIN DÜRFTE. Das Vorkrisenniveau vom Februar 2020 wurde zuletzt nur noch leicht überschritten. Die Geschäftserwartungen für die kommenden Monate haben sich jedoch erstmals seit sechs Monaten nicht mehr weiter verschlechtert.

DIE INFLATIONSRATE VERRINGERTE SICH VON ZUVOR 5,3 % AUF 4,9 % IM JANUAR. Da vor allem die Preise für fossile Energie und auch für Nahrungsmittel zu dem weiterhin starken Auftrieb des Preisniveaus beitragen, verringerte sich die Kernrate, bei der diese beiden volatilen Preiskomponenten herausgerechnet werden, spürbar und deutlicher von 3,7 % auf zuletzt 2,9 %.

AM ARBEITSMARKT SETZTE SICH DIE ERHOLUNG AUCH AM JAHRESANFANG FORT. Die registrierte Arbeitslosigkeit hat sich im Januar saisonbereinigt erneut spürbar reduziert und die Erwerbstätigkeit hat im Dezember saisonbereinigt weiter kräftig zugenommen. Die Kurzarbeit ist im November leicht auf 0,6 Millionen Personen zurückgegangen. Frühindikatoren deuten auf weiterhin günstige Aussichten für den Arbeitsmarkt hin.

IM JAHR 2021 DÜRFTE DIE ZAHL DER UNTERNEHMENSINSOLVENZEN NOCHMALS NIEDRIGER AUSGEFALLEN SEIN ALS IM VORJAHR UND DAMIT EIN NEUES REKORDTIEF ERREICHT HABEN. Von Januar bis November gab es lediglich 12.832 Unternehmensinsolvenzen – rund 12 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Ein größerer Anstieg deutet sich auch zum Jahresende 2021 nicht an. Für das laufende Jahr erwarten Experten begrenzte Nachholeffekte, ein gesamtwirtschaftliches Risiko dürfte damit jedoch nicht verbunden sein.

Die deutsche Wirtschaftsleistung ist im Schlussquartal 2021 gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts um 0,7 % zurückgegangen. Aufgrund von Revisionen der Vorquartale wurde das Jahresergebnis 2021 allerdings auf 2,8 % aufwärts korrigiert.

INDUSTRIEKONJUNKTUR STABILISIERT SICH ZUNEHMEND, DIENSTLEISTUNGEN WEITERHIN VON PANDEMIE-MASSNAHMEN GEPRÄGT

Am aktuellen Rand deuten die Indikatoren auf eine weiter stabilisierte Lage in der Industrie hin. So stieg die Industrieproduktion im Dezember erneut, nachdem sie bereits in den zwei vorangegangenen Monaten zulegen konnte. Damit scheint die Industrie zunehmend besser mit den Lieferengpässen bei wichtigen Vorleistungen und Rohstoffen zurecht zu kommen. Dementsprechend hat sich auch die Stimmung in den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes weiter aufgehellt. Der deutsche Außenhandel entwickelte sich im Dezember ebenfalls positiv und sowohl Ausfuhren als auch Einfuhren stiegen erneut deutlich. Im Gegensatz dazu mussten die Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz zum Ende des Jahres einen merklichen Rückgang verkraften. Der private Verbrauch wird derzeit durch den Pandemieverlauf und eine hohe Inflationsrate belastet, das Konsumklima hat sich allerdings zuletzt wieder stabilisiert.

Die Inflationsrate lag im Januar 2022 bei 4,9 %, maßgeblich getrieben durch einen erneut kräftigen Anstieg insbesondere der fossilen Energiepreise. Für den weiteren Jahresverlauf deuten die Terminkontrakte Rohöl auf eine gewisse Entspannung der Energiepreise hin. Wenn sich zusätzlich die Lieferengpässe weiter verringern, sollte auch der Inflationsdruck perspektivisch nachlassen. Am Arbeitsmarkt setzt sich die Erholung zum Jahresende weiter fort, die Erwerbstätigkeit stieg abermals kräftig an. Auch die Kurzarbeit ging im November leicht zurück, sie dürfte im Dezember und Januar aber wieder etwas ansteigen.

¹ In diesem Bericht werden Daten genutzt, die bis zum 15. Februar 2022 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

BRUTTOINLANDSPRODUKT



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Bundesbank (BBK)

DIE WELTWIRTSCHAFT GEWINNT AN SCHWUNG

Der Weltwarenhandel legte nach einer Steigerung um 2,0% im November gegenüber dem Vormonat stärker zu als im Oktober (+1,1%). Auch die globale Industrieproduktion wurde im November mit +1,3% deutlicher hochgefahren als zuvor (+0,6%). Zu diesem Dynamikgewinn dürfte die allmähliche Auflösung der Lieferengpässe bei wichtigen Vorleistungsgütern und Rohstoffen beigetragen haben. Dennoch wird die Weltkonjunktur weiter von Knappheiten gebremst, die auch für Preisdruck sorgen. Zudem belasten die Eindämmungsmaßnahmen aufgrund des aktuellen Infektionsgeschehens vor allem den Dienstleistungsbereich. Wohl vor diesem Hintergrund folgt der OECD Composite Leading Indicator weiter seinem seit Juni abwärts geneigten Trend. Daneben hat sich die Stimmung bei den Unternehmen eingetrübt. So fiel der Einkaufsmanagerindex von J. P. Morgan/IHS Markit im Januar zum zweiten Mal in Folge auf 51,4 Punkte. Auch die Teilindizes für den Dienstleistungssektor sowie die Industrie gaben nach, befinden sich mit 51,3 Punkten und 53,2 Punkten aber noch oberhalb der Wachstumsschwelle von 50 Punkten.

DEUTSCHER AUSSENHANDEL NIMMT WEITER ZU

Die Waren- und Dienstleistungsexporte legten im Dezember gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen um 0,7% zu (November: +2,4%). Für das vierte Quartal 2021 ergibt

EINKAUFSMANAGERINDEX WELT J. P. MORGAN / IHS MARKIT



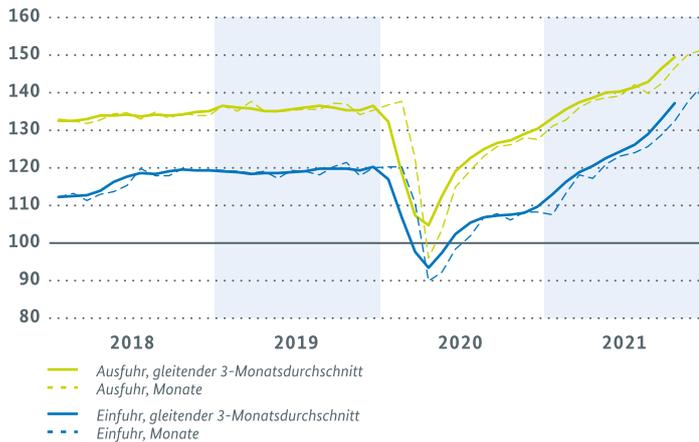
Quellen: J. P. Morgan / IHS Markit, Macrobond

sich eine kräftige Zunahme um 5,6%. Bei weniger stark gestiegenen Ausfuhrpreisen erhöhten sich die Exporte auch preisbereinigt spürbar. Die Waren- und Dienstleistungsimporte stiegen im Dezember gegenüber dem im Vormonat nominal und saisonbereinigt abermals merklich um 2,9% (November: +3,9%). Im Quartalsvergleich fällt die Erhöhung noch deutlicher aus (+8,8%). Aufgrund deutlich steigender Einfuhrpreise dürften die Importe preisbereinigt allerdings weniger stark zugenommen haben.

Auch anhand der Frühindikatoren zur Außenwirtschaft auf nationaler Ebene deutet sich an, dass sich die Schere zwischen Angebot und Nachfrage allmählich schließt: Die Auftragseingänge aus dem Ausland haben sich nach Rückschlägen in einzelnen Monaten in der Tendenz wieder erholt. Derweil hatten sich die ifo Exporterwartungen für das Verarbeitende Gewerbe bis August eingetrübt. Seither pendeln sie mit schwachen Ausschlägen mit aufwärtsgerichteter Tendenz. →

EIN-UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik Deutsche Bundesbank (BBK)

Im Januar hellten sich die Erwartungen per Saldo deutlich auf. Derzeit rechnet rund ein Viertel der Unternehmen mit einer verbesserten Lage bis April 2022. Der Ausblick für den deutschen Außenhandel bleibt trotz Beeinträchtigung durch Lieferengpässe und Infektionsgeschehen angesichts des hohen Auftragsbestands grundsätzlich positiv.

DIE LAGE IN DER INDUSTRIE STABILISIERT SICH UND DER AUSBLICK IST OPTIMISTISCH

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist im Dezember gegenüber dem Vormonat mit einem Minus von 0,3 % leicht gesunken. Dieser Rückgang wurde vor allem durch einen starken Einbruch im Baugewerbe verursacht (-7,3 %). Der industrielle Ausstoß stieg um 1,2 %.

Die Industrieproduktion wurde seit Anfang letzten Jahres durch Lieferengpässe bei wichtigen Vorleistungsgütern und Rohstoffen gebremst. Sie sendete jedoch mit Zuwächsen im Oktober (+3,1 %) und November (+0,5 %) bereits positive Signale. Mit ihrem dritten Anstieg in Folge konnte die Industrie diese Stabilisierung fortsetzen. Erfreulich war insbesondere die Produktionssteigerung im gewichtigen Kfz- und Kfz-Teile-Bereich um 12,1 %. Dämpfend wirkten indes Rückgänge im Maschinenbau (-3,7 %) und in der Herstellung von Metallerzeugnissen (-2,2 %). Sowohl die Bereiche Kfz, als auch der Maschinenbau bewegten sich durch anhaltende Knappheiten bei Halbleitern weiterhin unter ihren Vorkrisenniveaus.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind im Dezember gegenüber dem Vormonat

AUSSENHANDEL*

	3.Q.	4.Q.	Okt.	Nov.	Dez.
WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
AUSFUHR	2,1	5,6	3,1	2,4	0,7
EINFUHR	4,8	8,8	2,9	3,9	2,9
AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
AUSFUHR	11,1	11,9	8,2	12,3	15,6
Eurozone	13,9	16,7	12,9	14,7	23,5
EU-Nicht-Eurozone	13,8	14,4	9,0	13,4	21,8
Drittländer	8,1	7,4	4,2	10,1	8,0
EINFUHR	15,8	21,5	17,4	19,9	27,8
Eurozone	16,3	22,6	19,5	21,0	27,9
EU-Nicht-Eurozone	7,1	9,1	5,9	7,6	14,5
Drittländer	18,8	25,5	20,3	24,1	32,5

* Angaben in jeweiligen Preisen

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

nat um 2,8 % gestiegen. Die Nachfrage nach Konsumgütern (+5,3 %) und Vorleistungsgütern (+4,1 %) erhöhte sich kräftig und der Bedarf an Investitionsgütern verzeichnete ebenfalls einen Zuwachs (+1,8 %). Ohne die Berücksichtigung von Großaufträgen nahmen die Auftragseingänge um 2,9 % zu. Auffällig war die gegenläufige Bewegung des starken Zuwachses an Aufträgen aus dem Inland (+11,7 %) zu den Nachfragerückgängen aus dem Ausland. Maßgeblich hierfür waren die gesunkenen Aufträge aus der Eurozone (-4,2 %), während die Bestellungen aus dem Nicht-Euroraum moderater sanken (-2,3 %). Nachfragezuwächse in den Bereichen Sonstige Fahrzeuge (+3,3 %) und Metallerzeugnisse (+3,1 %) stützten das allgemeine Plus. Die Auftrags-

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

lagen in den gewichtigen Branchen Maschinenbau, Kfz und Kfz-Teile blieben nahezu unverändert (+0,0% und -0,6%).

Die gegenwärtige Stabilisierung der Industrieproduktion wird von positiven Stimmungsindikatoren bezüglich der allmählichen Auflösung der Lieferengpässe am aktuellen Rand begleitet. Angesichts des hohen Auftragsbestandes der Unternehmen lässt dies auf eine dynamische Entwicklung der Industriekonjunktur in den kommenden Monaten schließen und somit fällt der weitere Ausblick optimistisch aus.

INDUSTRIE

VERÄNDERUNGEN GEGEN VORPERIODE IN %
(Volumen, saisonbereinigt)

	3.Q.	4.Q.	Okt.	Nov.	Dez.
PRODUKTION					
Insgesamt	-2,4	1,7	3,1	0,5	1,2
Vorleistungsgüter	-2,3	-0,4	0,3	0,8	0,6
Investitionsgüter	-4,0	4,4	7,5	-0,1	2,5
Konsumgüter	1,6	-0,1	-0,6	1,3	-0,5
UMSÄTZE					
Insgesamt	-2,8	4,1	3,2	4,3	0,2
Inland	-1,9	2,5	2,2	3,4	0,7
Ausland	-3,6	5,7	4,2	5,2	-0,3
AUFTRAGSEINGÄNGE					
Insgesamt	1,2	-4,2	-5,8	3,6	2,8
Inland	-3,3	-0,2	3,4	-0,7	11,7
Ausland	4,5	-6,9	-11,3	6,5	-3,0
Vorleistungsgüter	-2,3	-0,5	-1,7	1,9	4,1
Investitionsgüter	3,7	-7,5	-9,4	4,7	1,8
Konsumgüter	-0,1	3,6	4,2	2,7	5,3

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

EINZELHANDELSUMSATZ DEUTLICH GESUNKEN, AUSBLICK STARK VOM VERLAUF DER PANDEMIE ABHÄNGIG

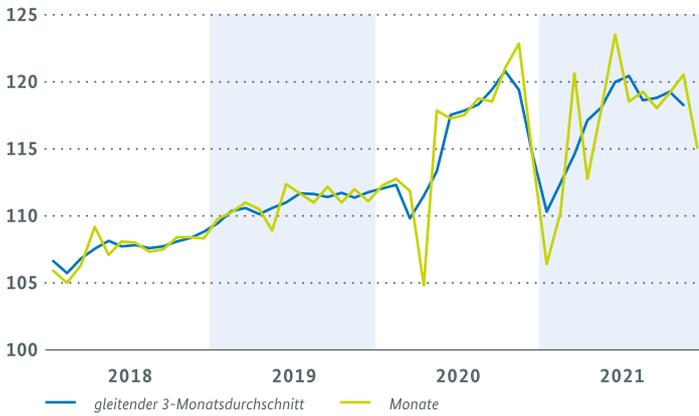
Im Einzelhandel ohne Kfz gingen die Umsätze im Dezember gegenüber dem Vormonat um deutliche 4,6% zurück, nachdem sie im Oktober und November um 0,9% und 1,2% zunahmen. Damit lagen die Umsätze zuletzt nur noch um 2,0% über ihrem Niveau im Vorkrisenmonat Februar 2020. Nach Rechnung des Statistischen Bundesamts hat der Einzelhandel in Deutschland im Jahr 2021 insgesamt ein reales Umsatzplus von 0,9% verzeichnet. Für den Dezember meldete der Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren einen starken Rückgang der Umsätze gegenüber dem Vormonat um 15,0%. Der Internet und Versandhandel verzeichnete im Dezember sowohl gegenüber dem Vormonat als auch gegenüber dem Vorjahresmonat eine in etwa gleich starke Abnahme seines Umsatzes (3,5% und 3,3%). Bei den Neuzulassungen von Pkw durch private Halter kam es im Januar zu einem Minus um 6,7%, nachdem es allerdings im Dezember zu einem kräftigen Plus um 17,6% gekommen war.

Nach wie vor belasten der Pandemieverlauf und die hohe Inflationsrate die Entwicklung des privaten Verbrauchs. Die ifo Geschäftserwartungen im Einzelhandel haben sich aber im Januar erstmals seit sechs Monaten per saldo nicht mehr weiter verschlechtert. Auch für das GfK Konsumklima wird für Februar eine Stabilisierung prognostiziert. Die Aussichten für den privaten Verbrauch sind somit wieder etwas zuversichtlicher. Es besteht die Hoffnung, dass die Beschränkungen für die Konsumenten allmählich wieder zurückgenommen werden können.

Das Verbraucherpreisniveau hat sich im Januar gegenüber dem Vormonat um 0,4% erhöht (Dezember: +0,5%). Die Inflationsrate, also die Preisniveauentwicklung gegenüber dem Vorjahr, ging im Januar um 0,4 Prozentpunkte auf 4,9% zurück. Damit endete der kontinuierliche Anstieg seit Juli 2021, aber die Rate liegt weiterhin höher als von vielen Experten erwartet. Ausschlaggebend hierfür sind insbesondere deutliche Steigerungen bei den Preisen für Energie (+20,5%; zuvor +18,3%) und auch bei Nahrungsmitteln (+5,0%; zuvor +6,0%). Die unerwartet hohe Inflationsrate im Januar ist allerdings nicht klimapolitisch begründet, denn nicht die erneuerbaren, sondern die fossilen Energieträger treiben das Verbraucherpreisniveau in die Höhe. —>

EINZELHANDELSUMSATZ OHNE HANDEL MIT KFZ

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

VERBRAUCHERPREISINDEX

Veränderung in %	ggü. Vormonat		ggü. Vorjahresmonat	
	Dez.	Jan.	Dez.	Jan.
Insgesamt	0,5	0,4	5,3	4,9
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,8	-0,7	3,7	2,9
Nahrungsmittel	1,1	1,6	6,0	5,0
Wohnung, Betriebskosten	0,1	2,4	3,7	5,2
Verkehr	-0,7	1,2	13,2	10,6
Energie	-1,5	7,3	18,3	20,5
Kraftstoffe	-4,5	4,1	38,0	29,3
Dienstleistungen	1,1	-1,0	3,1	2,9
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,2	1,1	-	-

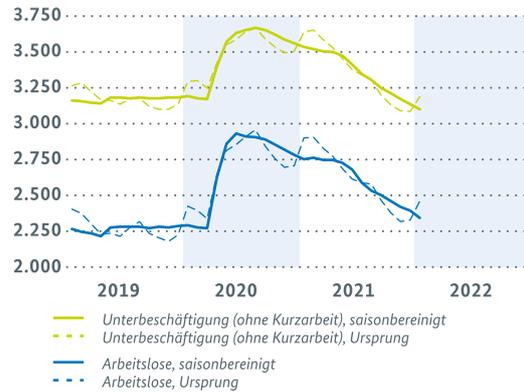
Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

Der Preis für Rohöl, einer der maßgeblichen Indikatoren, kletterte zuletzt auf über 90 US-Dollar je Barrel. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) verringerte sich im Januar gegenüber Dezember deutlicher um 0,8 Prozentpunkte auf 2,9%. Hier zeigt sich der erwartete Basiseffekt, weil der preistreibende Sondereffekt der temporären Senkung der Umsatzsteuersätze in der zweiten Jahreshälfte 2020 aus dem Vorjahresvergleich wieder herausgefallen ist.

ARBEITSMARKT STARTET TROTZ OMIKROWELLE SEHR GUT INS JAHR

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat sich auch am Jahresanfang fortgesetzt. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung verringerten sich im Dezember saisonbereinigt abermals um 48.000 be-

ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBK)

ziehungsweise 36.000 Personen. Im Januar kommt es typischerweise zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Ursprungswerten. Nach diesen Zahlen erhöhte sich die Arbeitslosigkeit um 133.000 auf 2,46 Millionen Personen. In den Vorkrisenjahren hatte der Anstieg im Durchschnitt bei etwa 200.000 Personen gelegen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren 439.000 Personen weniger arbeitslos gemeldet. Auch bei Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung setzte sich der positive Verlauf fort. Die Erwerbstätigkeit erhöhte sich im Dezember saisonbereinigt um 52.000 Personen. In Ursprungswerten waren damit 45,3 Millionen Menschen erwerbstätig, 506.000 Personen mehr als im Vorjahresmonat. Im November erhöhte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ebenfalls kräftig um 84.000 Personen gegenüber dem Vormonat. Die Kurzarbeit verringerte sich laut Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) im November leicht auf 0,6 Millionen Personen. Nach BA-Schätzungen dürfte die Zahl im Dezember etwas ansteigen. Die Anzeigen waren auch im Januar leicht gestiegen. Am aktuellen Rand ist daher ein weiterer leichter Anstieg der Kurzarbeitenden zu erwarten. Die Frühindikatoren von ifo und IAB spiegeln aber die günstigen Arbeitsmarktaussichten wider: Das IAB-Arbeitsmarktbarometer lag im Plus. Das ifo-Barometer sank insgesamt leicht, getrieben durch eine geringere Einstellungsbereitschaft in manchen Dienstleistungsbereichen

ifo BESCHÄFTIGUNGSBAROMETER UND ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

ARBEITSMARKT

Arbeitslose (SGB II und III)

	3.Q.	4.Q.	Nov.	Dez.	Jan.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,545	2,341	2,317	2,330	2,462
ggü. Vorjahr in 1.000	-360	-381	-382	-378	-439
ggü. Vorperiode in 1.000*	-178	-117	-37	-29	-48
Arbeitslosenquote	5,5	5,1	5,1	5,1	5,4

ERWERBSTÄTIGE (Inland)

	3.Q.	4.Q.	Okt.	Nov.	Dez.
in Mio. (Ursprungszahlen)	45,1	45,4	45,4	45,5	45,3
ggü. Vorjahr in 1.000	294	434	345	452	506
ggü. Vorperiode in 1.000*	196	157	47	60	52

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE

	2.Q.	3.Q.	Sep.	Okt.	Nov.
in Mio. (Ursprungszahlen)	33,7	34,0	34,3	34,4	34,5
ggü. Vorjahr in 1.000	386	515	533	510	552
ggü. Vorperiode in 1.000*	109	159	52	43	84

*kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

(vor allem Gastgewerbe und Veranstalter). In der Industrie hingegen legte das Barometer zu. Das deutet daraufhin, dass die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt anhält.

INSOLVENZENTWICKLUNG WEITER RÜCKLÄUFIG

Von Januar bis November 2021 verzeichneten die Amtsgerichte 12.832 Unternehmensinsolvenzen. Das sind rund 12 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Auch wenn die Regelinsolvenzen laut Schnellindikator des Statistischen Bundes-

amts zum Jahresende 2021 stiegen (Dezember: +18 % gegenüber Vormonat), dürfte die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in der amtlichen Statistik im Gesamtjahr 2021 noch einmal spürbar unter dem Vorjahresniveau (Gesamtjahr 2021: 15.841 Unternehmensinsolvenzen) gelegen und somit ein neues Allzeittief erreicht haben. Für Januar 2022 meldete das Statistische Bundesamt erneut einen Rückgang der Regelinsolvenzen von 17,2 % im Vergleich zum Vormonat. Für das Jahr 2022 insgesamt sind, auch wegen der Fortführung wichtiger Unterstützungsmaßnahmen, nur begrenzte Nachholeffekte zu erwarten. —

BIP-NOWCAST FÜR DAS 1. QUARTAL 2022

IN KÜRZE

DER NOWCAST FÜR DIE SAISON- UND KALENDERBEREINIGTE VERÄNDERUNGSRATE DES BIP BETRÄGT +0,9% FÜR DAS ERSTE QUARTAL 2022 (STAND 10. FEBRUAR).¹

Für das erste Quartal 2022 prognostiziert der Nowcast einen saison- und kalenderbereinigten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 0,9%. Von der Bundesregierung und dem BMWK unabhängig, liefert der Nowcast eine täglich aktualisierte, rein technische Prognose der Wirtschaftsleistung. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht erst Ende April 2022 erste amtliche Ergebnisse zur tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung des ersten Quartals 2022.

Der Verlauf des Schätzwerts kann durch die nebenstehende Abbildung nachvollzogen werden. Zwischen Anfang Oktober und Anfang Dezember pendelten die Nowcast-Werte zwischen 0,4% und 0,7%. Für Auftrieb sorgten positive Neuigkeiten zur europäischen Konjunktur (Anfang Oktober und Dezember) sowie die Veröffentlichung der BIP-Entwicklung des dritten Quartals 2021 (Ende Oktober). Der darauffolgende Abwärtsdruck ging vor allem von enttäuschenden Stimmungsindikatoren aus. Verhaltene Umfrageergebnisse waren auch für den Einbruch bis Mitte Dezember auf -0,4% verantwortlich. Ausgehend von diesem Tiefpunkt wurde der Nowcast ab Anfang Januar fast kontinuierlich aufwärts korrigiert. Zur Steigerung auf 1,0% beigetragen haben neben einer sich aufhellenden Stim-

mungslage die Meldungen für den Berichtsmonat November zum Außenhandel und zur Industrieproduktion sowie für den Berichtsmonat Dezember zu Auftragseingängen und Umsätzen in der Industrie. Die im Dezember rückläufige Produktion im Bauhauptgewerbe dämpfte den Nowcast auf seinen derzeitigen Stand von 0,9%.

Aus fachlicher Sicht erscheint das von dem Modell prognostizierte BIP-Wachstum im ersten Quartal 2022 ambitioniert. Im ersten Vierteljahr 2022 dürften vor allem das aktuelle Infektionsgeschehen und die anhaltenden Lieferengpässe im Bereich Vorleistungsgüter und Rohstoffe eine große Rolle spielen. Die derzeitige Ausnahmesituation erschwert es empirischen Modellen, Kausalitäten zwischen Indikatoren und zukünftiger wirtschaftlicher Entwicklung zu schätzen. Deshalb gilt es, rein modellgestützte Prognosen mit Experteneinschätzungen zu stützen.

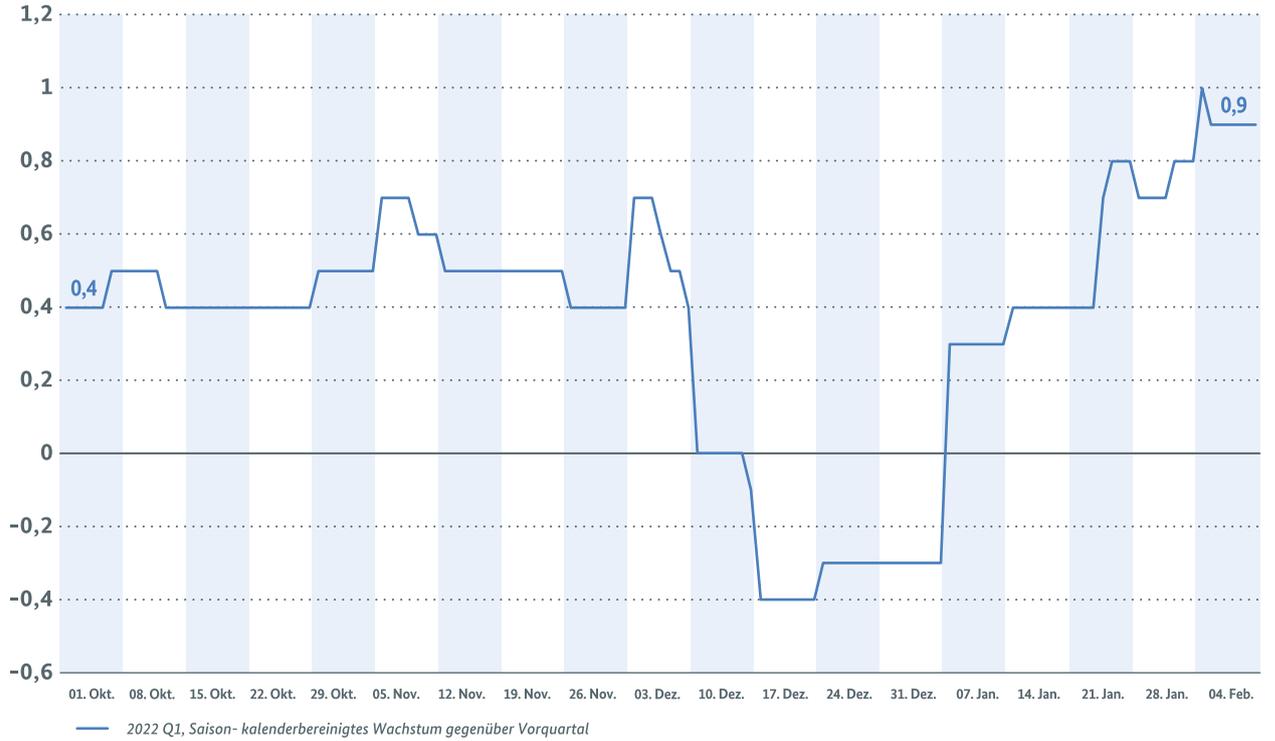
Wie die weitere Entwicklung tatsächlich ausfällt, wird sich in den kommenden Monaten zeigen, wenn erste Indikatoren für Berichtsmonate aus dem ersten Vierteljahr 2022 veröffentlicht werden. —

DAS MODELL

Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWK noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.

¹ Für nähere Erläuterungen zu der Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juli 2019, Seite 12–15, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020) „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.

ENTWICKLUNG DES BIP-NOWCAST FÜR DAS ERSTE QUARTAL 2022



Quelle: Now-Casting Economics Ltd.

DIE LAGE DER WELTWIRTSCHAFT ZU JAHRESBEGINN 2022

Die Weltwirtschaft befindet sich weiter im Aufschwung. Die wirtschaftliche Dynamik hat sich im vierten Quartal 2021 gesteigert. Das globale Bruttoinlandsprodukt dürfte im vierten Quartal um 1,4% gegenüber dem Vorquartal zugenommen haben. Im dritten Quartal lag die geschätzte Zunahme noch bei 0,9%. Die globalen Lieferkettenstörungen lösen sich langsam auf. Die in Befragungen berichteten weltweiten Verzögerungen der Zulieferungen sind seit ihrem Höchststand im Oktober tendenziell gesunken. Insbesondere der berichtete Engpass an Halbleitern ist nach Angaben von IHS Markit bereits deutlich gesunken, befindet sich aber weiter auf hohem Niveau. Gegenüber dem Herbst mussten daher weniger Unternehmen wegen fehlender Vorleistungen ihre Produktion einschränken. Die globale Industrie konnte ein Teil der ausstehenden Aufträge abarbeiten, sodass der Auftragsrückstand am aktuellen Rand etwas abgenommen hat. Die globale Industrieproduktion dürfte nach vorläufigen Zahlen des niederländischen Bureau for Economic Policy Analysis (CPB) im vierten Quartal um etwa 0,8% gegenüber dem dritten Quartal gestiegen sein. Im dritten Quartal war noch ein Rückgang der globalen Produktion zu verzeichnen.

Betrachtet man die regionalen Ergebnisse für das BIP-Wachstum im vierten Quartal, so geht die Zunahme der globalen konjunkturellen Dynamik insbesondere auf die Vereinigten Staaten (+1,7%) und China (+1,6%) zurück. Beide Volkswirtschaften hatten im dritten Quartal noch Wachstumseinbrüche zu verzeichnen und erholen sich nun von diesen. Auch in Italien (+0,6%) und Frankreich (+0,7%) schreitet die wirtschaftliche Erholung weiter voran.

In Deutschland ist das BIP im vierten Quartal hingegen um 0,7% gesunken. Dies liegt deutlich unter dem Ergebnis der EU-27 mit +0,4%. Im ersten Quartal 2022 dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft aufgrund der raschen Ausbreitung der Omikron-Mutation hingegen wieder verlangsamen. Der globale Einkaufsmanagerindex von Markit ist im Januar auf den niedrigsten Stand seit Sommer vorigen Jahres gefallen. Insbesondere bei den Dienstleistern kam es im Januar aufgrund ausfallenden Personals und neuer Eindämmungsmaßnahmen zu einem deutlichen Rückgang der Aktivität. Aktuelle Prognosen gehen für das erste Quartal von einem Wachstum der Weltwirtschaft von rund 0,7% aus.

Für das Gesamtjahr 2022 erwartet aktuell der Konsens der bei Bloomberg gesammelten Prognosen ein Wachstum der Weltwirtschaft von 4,3%. Im kommenden Jahr wird ein Anstieg von 3,6% prognostiziert. Die Erwartungen der Analytinnen und Analysten für dieses Jahr haben sich angesichts der

BIP WACHSTUM IM DRITTEN UND VIERTEN QUARTAL

in % ggü. Vorquartal



Quellen: Nationale Statistikämter, Oxford Economics

Engpässe an industriellen Vorprodukten zuletzt etwas abgeschwächt. Der IWF erwartet in seiner Prognose von Januar ebenfalls ein Wachstum der Weltwirtschaft von 4,4 % im Jahr 2022. Für das kommende Jahr geht der IWF mit 3,8 % von einer etwas höheren Zunahme des BIP als der Konsens der Analysten aus.

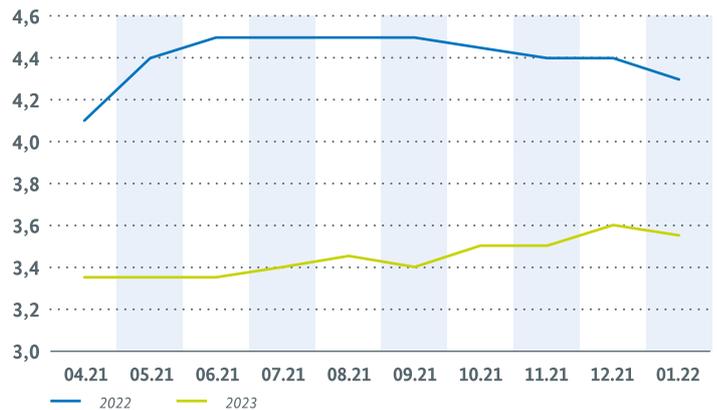
WELTHANDEL

Die Entwicklung des Welthandels wird derzeit insbesondere von den Engpässen in der Logistik geprägt. Für eine Exportnation wie Deutschland ist die Entwicklung des Welthandels von hoher Bedeutung. Die Wartezeiten an den weltweiten Häfen sind weiter nahe der Rekordstände. Bei der Hafenerfertigung kommt erschwerend hinzu, dass es einen starken Engpass an LKW-Fahrern gibt, welcher durch die rasche Ausbreitung der Omikronvariante noch verstärkt wurde. Der RWI Containerumschlagsindex ist im vierten Quartal um 1,4 % gefallen.

Trotz der Probleme in der Logistik deutet sich für das vierte Quartal 2021 ein Anstieg des Welthandels gegenüber dem Vorquartal an. Die Entwicklung im ersten Quartal 2022 dürfte allerdings nur verhalten sein. So sind die in Umfragen ermittelten Exportauftragseingänge zuletzt deutlich gesunken. Der IWF erwartet dennoch für das Gesamtjahr 2022 einen Anstieg des Welthandels um 6,0 % und 4,9 % im kommenden Jahr.

KONSENSERWARTUNGEN FÜR DAS WACHSTUM DER WELTWIRTSCHAFT IM ZEITABLAUF

prog. Änderung des BIP in % ggü. Vorjahr



Quelle: Bloomberg

VEREINIGTE STAATEN: WACHSTUMS-STEIGERUNG DURCH VORRATSAUFBAU

In den Vereinigten Staaten hat das BIP um 1,7 % gegenüber dem Vorquartal zugenommen. Im dritten Quartal lag die Zunahme des BIP noch bei 0,6%. Damit liegt das US-BIP bereits etwa 3 % über dem Vorkrisenniveau. Der Wachstumsanstieg im aktuellen Quartal geht insbesondere auf den deutlichen Vorratsaufbau zurück. Ohne den Vorratsaufbau wäre der Anstieg des BIP im vierten Quartal nur etwa halb so groß ausgefallen. Neben den Vorräten haben auch die privaten Konsumausgaben deutlich zum BIP-Wachstum im vierten Quartal beigetragen. Die realen Ausgaben der privaten Haushalte für haltbare Konsumgüter sind um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. →

Dieser weitere Anstieg ist erstaunlich, denn damit liegen die Ausgaben für haltbare Konsumgüter (Elektronik, Kfz und weitere Güter) nun 21 % über dem Vorkrisenniveau. Die Ausgaben für Dienstleistungen haben sich zwar ebenfalls um 1,2 % kräftig gesteigert, allerdings liegt das Ausgabenniveau noch leicht unter dem Niveau vor Ausbruch der Coronapandemie. Dies zeigt den noch immer starken Einfluss der Pandemie auf die privaten Konsumausgaben, wo es eine starke Umverteilung der Ausgabenstruktur von Dienstleistungen hin zu langlebigen Konsumgütern gab. Sofern sich die Ausgabenstrukturen normalisieren, dürften auch die Lieferkettenstörungen deutlich nachlassen.

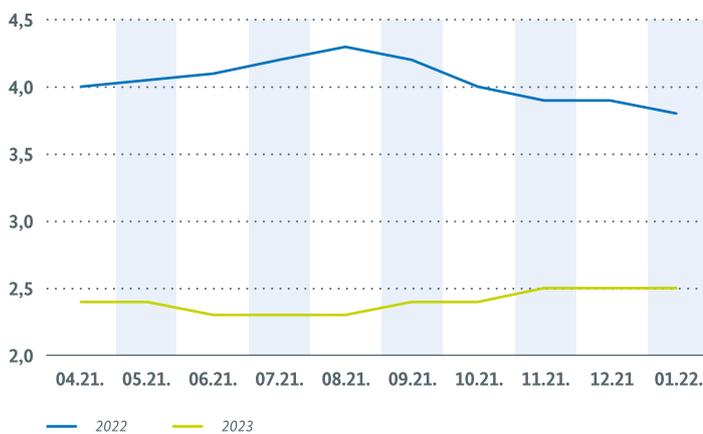
Die weitere wirtschaftliche Entwicklung hängt insbesondere davon ab, wie stark Erhöhungen der Verbraucherpreise auf dem realen Konsum lasten. Die US-amerikanische Inflationsrate lag im Januar mit 7,5 % erneut auf einem Niveau wie zuletzt im Jahr

1982. Dieser starke Anstieg war insbesondere auf höhere Energie- und Lebensmittelpreise zurückzuführen. Aber auch die Ausgaben für Mieten stiegen deutlich, sodass die Kerninflation (ohne Lebensmittel- und Energiepreise) mit 6,0 % ebenfalls stark erhöht war.

Für das erste Quartal deutet sich eine deutliche Wachstumsverlangsamung an. Die starke Ausbreitung der Omikronvariante hat unter anderem zu einem Rückgang der Mobilität in Einzelhandel und Freizeit geführt. Auch die Restaurantbesuche sind zu Beginn des Jahres deutlich gesunken. Dies mag an einer Zurückhaltung der Konsumenten als auch an Einschränkungen der Dienstleister durch krankheitsbedingte Personalausfälle liegen. Der Einkaufsmanagerindex bei Dienstleistern und Industrie hat sich im Januar abgeschwächt, wobei der Rückgang bei den Dienstleistern besonders deutlich war. Für das erste Quartal gehen die von Bloomberg gesammelten Prognosen derzeit von einem Anstieg von rund 0,5 % gegenüber dem Vorquartal aus. Allerdings dürften bei Überwindung der Omikronwelle im Frühjahr wirtschaftliche Nachholeffekte erfolgen. Für das Gesamtjahr geht der Bloomberg-Konsens derzeit von einem Anstieg des amerikanischen BIP von 3,8 % in diesem Jahr und 2,5 % im kommenden Jahr aus. Im Gesamtjahr 2021 betrug das Wachstum der amerikanischen Wirtschaft 5,7 %. Die Erwartungen für das Jahr 2022 wurden in den vergangenen Monaten deutlich zurückgenommen. Die Prognosen des IWF liegen nahe bei den Einschätzungen der Analysten.

KONSENSERWARTUNGEN FÜR DAS WACHSTUM IN DEN VEREINIGTEN STAATEN IM ZEITABLAUF

prog. Änderung des BIP in % ggü. Vorjahr



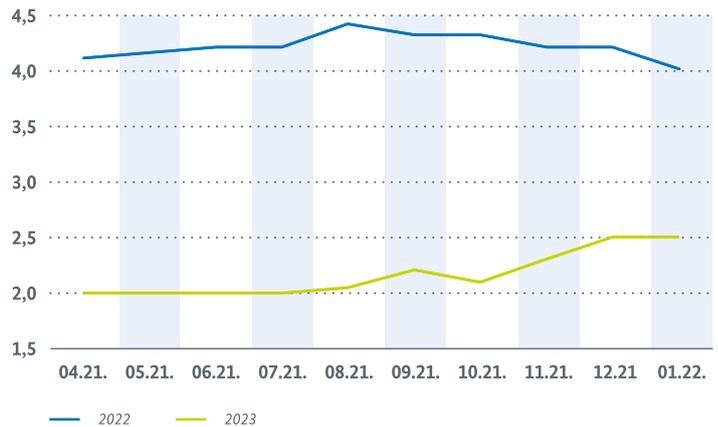
Quelle: Bloomberg

EURORAUM: WIRTSCHAFTLICHE ERHOLUNG ZU BEGINN DES JAHRES 2022 GEDÄMPFT

Das BIP des Euroraums hat das Vorkrisenniveau gegen Ende des dritten Quartals 2021 wieder erreicht. Im vierten Quartal schwächte sich das Wachstumsmomentum jedoch deutlich – und mehr als zuvor erwartet – ab. Das BIP stieg nach vorläufigen Zahlen lediglich um 0,3 % nach einer Zunahme von 2,3 % im dritten Quartal. Grund hierfür waren insbesondere Lieferengpässe, hohe Energiepreise und wieder steigende Infektionszahlen, die besonders den Dienstleistungsbereich belasten. Allerdings fielen die Wachstumsraten in den Mitgliedstaaten zum Teil deutlich auseinander. Spanien (+2,0%) und Portugal (+1,6%) wiesen weiterhin relativ hohe Raten auf, wengleich auch diese gegenüber den Vorquartalen gedämpft ausfielen. Österreich verzeichnete dagegen einen erneuten Einbruch um -2,2%. Auch Deutschland vermeldete aufgrund von wieder notwendigen Beschränkungen in den kontaktintensiven Dienstleistungen und Produktionsschwierigkeiten in der Industrie ebenfalls einen leichten Rückgang um -0,7%. Im Jahr 2021 ist die Wirtschaft des Euroraums insgesamt um 5,2% gewachsen.

KONSENSERWARTUNGEN FÜR DAS WACHSTUM IM EURORAUM IM ZEITABLAUF

prog. Änderung des BIP in % ggü. Vorjahr



Quellen: Bloomberg

Im ersten Quartal des laufenden Jahres dürfte sich die schwache Entwicklung zunächst fortsetzen. Darauf deuten die ersten Konjunkturindikatoren des Jahres hin. Der Einkaufsmanagerindex für den Euroraum hat im Januar ein Elfmonatstief erreicht. Insbesondere unter den Dienstleistern hat sich die Stimmung aufgrund der Omikron-Variante verschlechtert. Die Industrieproduktion verzeichnete dagegen die stärkste Steigerung seit September letzten Jahres und wirkte der Wachstumsschwäche entgegen. Für das erste Quartal wird von den Analystinnen und Analysten eine Wachstumsrate von etwa 0,5 % erwartet. Insgesamt prognostiziert der Konsens in diesem Jahr für den Euroraum einen Anstieg des BIP um 4%. Die Wachstumsprognosen für das laufende Jahr wurden aufgrund der derzeitigen Schwäche zuletzt leicht nach unten korrigiert. Im kommenden Jahr wird mit einem Anstieg des BIP um 2,5% gerechnet. —>

CHINA: BELASTUNGSFAKTOREN HALTEN AN

Die chinesische Wirtschaft ist im vierten Quartal um 4,0% gegenüber dem Vorjahresquartal gewachsen. Im Vergleich zum Vorquartal entspricht dies einem Anstieg von 1,6%. Somit hat sich das Momentum der chinesischen Wirtschaft etwas gesteigert. Im dritten Quartal lag die Zunahme des BIP gegenüber dem Vorquartal noch bei 0,7%. Trotz der leichten Beschleunigung im vierten Quartal befindet sich das Wachstum in China unter den Planvorgaben der chinesischen Regierung. Die chinesische Wirtschaft wird derzeit durch zwei Faktoren belastet:

- Erstens: Der Immobilienkonzern Evergrande ist mit einer akuten Liquiditätsschwäche konfrontiert. Neubauvorhaben können aufgrund der Liquiditätsschwierigkeiten nur noch sehr eingeschränkt durchgeführt werden. Aufgrund der Größe des Evergrandekonzerns belastet dies das Klima auf dem gesamten chinesischen Immobilienmarkt erheblich. Im vierten Quartal sind daher die Neubauaktivitäten und die Investitionen in den Wohnungsbau gesunken. Dies beeinträchtigt die gesamte Investitionsentwicklung in erheblichem Maße. Die Investitionsdynamik im vierten Quartal war ausgesprochen schwach. Da ein Großteil des Vermögens der chinesischen Haushalte in Immobilien angelegt ist, beeinflusst die Gefahr einer Immobilienkrise auch das Konsumklima.
- Zweitens: Der private Konsum in China wird zusätzlich durch lokale Ausbrüche des Corona-Virus gebremst. Die chinesischen Behörden reagieren auf Ausbrüche mit umfassenden Beschränkungsmaßnahmen. Dies belastet auch das Konsumklima. So haben die Einzelhandelsumsätze im Dezember nur um 1,7% gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Auch im gesamten vierten Quartal war die Dynamik der Einzelhandelsumsätze schwach. Die hoch ansteckende Omikron-Variante wird es noch kostspieliger machen, die Ausbreitung des Virus komplett zu vermeiden.

Die beiden Belastungsfaktoren dürften auch im ersten Quartal anhalten. Auch die Unterstützung des Außenhandels wird nachlassen. Die chinesischen Exporte sind im Dezember um 21% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hinter dem starken Anstieg verbergen sich aber auch deutlich erhöhte Exportpreise. Oxford Economics schätzt, dass die realen Exporte im Dezember um 9,4% gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind. In saisonbereinigten Vormonatsvergleichen dürfte die Exportdynamik im November und Dezember deutlich nachgelassen haben. Die Industrie expandierte im Dezember um 4,3% gegenüber dem Vorjahr.

Befragungen unter Firmen in der Industrie und im Dienstleistungssektor lassen eher auf eine Wachstumsabschwächung im ersten Quartal schließen. Der Markit Einkaufsmanagerindex für China hat sich im Januar für Industrie und Dienstleistungen deutlich abgeschwächt. Bloomberg erwartet für das vierte Quartal derzeit ein Wachstum der chinesischen Wirtschaft von rund 1,0% gegenüber dem Vorquartal. Für das Gesamtjahr 2022 wird derzeit mit einem Anstieg des BIP um 5,2% gerechnet und für das kommende Jahr um 5,1%. Der IWF erwartet für dieses Jahr mit 4,8% einen etwas geringeren Anstieg als der Bloomberg Konsens. Im Jahr 2021 ist die chinesische Wirtschaft um 8,1% gewachsen. Auch in China haben sich die Wachstumsprognosen in den vergangenen Monaten deutlich verringert.

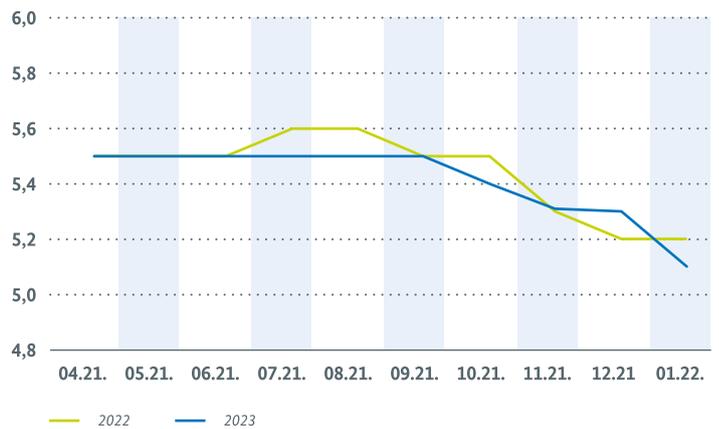
JAPAN: ZWISCHENZEITLICHE ERHOLUNG

In Japan ist das BIP im vierten Quartal um 1,3 % gegenüber dem Vorquartal deutlich gestiegen. Im dritten Quartal war das BIP noch um 0,7 % gesunken. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung lag insbesondere an Nachholeffekten im privaten Konsum zum Jahresabschluss. Im dritten Quartal war der Konsum noch durch die Ausbreitung der Deltamutation und zahlreiche Beschränkungsmaßnahmen deutlich zurückgegangen. Auch der Außenhandel konnte ebenfalls recht deutlich zum Wachstum beitragen.

Für das erste Quartal 2022 deutet sich jedoch wiederum eine Wachstumsverlangsamung an. Die Zahl der Corona-Neuinfektionen ist stark gestiegen. Die Mobilität im Einzelhandel hat, auch aufgrund neuer Beschränkungen, stark abgenommen. Der Markt-Einkaufsmanagerindex für die Dienstleister ist im Januar deutlich gesunken. Der Bloomberg-Konsens erwartet ein BIP Wachstum von rund 0,5 % im ersten Quartal. Aufgeschobene Konsumausgaben dürften aber im zweiten Quartal nachgeholt werden. Für das Gesamtjahr 2022 wird mit daher mit einem kräftigen Wachstum von 2,9 % gerechnet. Der IWF geht für das Jahr 2022 sogar von einer Zunahme des BIP um 3,3 % aus. Im Jahr 2021 ist die japanische Wirtschaft um 1,7 % gewachsen. —

KONSENSERWARTUNGEN FÜR DAS WACHSTUM IN CHINA IM ZEITBLAUF

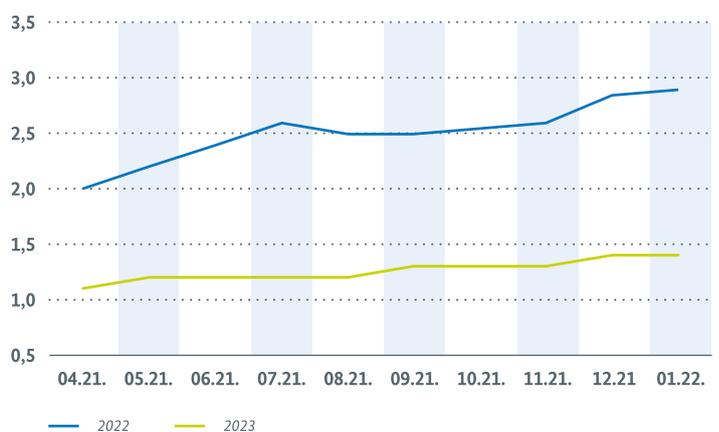
prog. Änderung des BIP in % ggü. Vorjahr



Quellen: Bloomberg

KONSENSERWARTUNGEN FÜR DAS WACHSTUM IN JAPAN IM ZEITBLAUF

prog. Änderung des BIP in % ggü. Vorjahr



Quellen: Bloomberg

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwk.de

STAND

23. Februar 2022

DRUCK

Bonifatius GmbH
Druck – Buch – Verlag
33100 Paderborn

PAPIER

Die „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ wurden auf 100 % recyceltem Altpapier gedruckt. Sowohl das Umschlagpapier als auch das Papier der Innenseiten wurden mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.

UMSCHLAGPAPIER

170 g/m², ungestrichen Recycling (Vivus 100), Blauer Engel

INNENSEITENPAPIER

100 g/m², ungestrichen Recycling (Vivus 100), Blauer Engel

BEILEGER

100 g/m², ungestrichen Recycling (Vivus 100), Blauer Engel

GESTALTUNG

Hirschen Group GmbH
10997 Berlin

BILDNACHWEIS

Titel, S. 10, 12 – 15, 19: Orlando Hoetzel;
S. 02, 08: BMWK / Dominik Butzmann; S. 09, 20, 36 – 37, 41 – 42:
Getty Images; S. 22, 25, 27: Benedetto Cristofani;
S. 24, 39: bitteschön.TV; S. 28, 30, 32: Karsten Petrat

DIESE UND WEITERE BROSCHÜREN ERHALTEN SIE BEI:

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Referat Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwk.de

ZENTRALER BESTELLSERVICE

Telefon: 030 – 18272 2721
Bestellfax: 030 – 18102 7227 21



Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

